

Mittwoch, 12. Juni 2019 Nachmittag

Vorsitz:	Standesvizepräsident Alessandro Della Vedova
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder entschuldigt: Michael (Donat), Casutt-Derungs
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Standesvizepräsident Della Vedova: Also, bevor wir mit den Vorstössen anfangen, habe ich zwei Mitteilungen zu machen. Die erste: Vermisst werden zwei Vorstösse, und zwar der Vorstoss Widmer Ursin, und der Vorstoss Caluori Sepp. Wer sie findet, soll sie bitte zu mir nach vorne bringen. Und die zweite Mitteilung: Heute Nachmittag um 16.30 Uhr ist eine Vorstellung der Gemeinde Pontresina vorgesehen. Wir schalten somit keine Pause ein und arbeiten durch. Dies zu Ihrer Information. Wir fahren nun weiter und kommen zum Auftrag von Grossrat Hohl betreffend Einführung einer Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Grossen Rates und Grossratsstellvertreter beziehungsweise -stellvertreterinnen. Auch dieser Auftrag wird für die Regierung von Regierungspräsident Dr. Jon Domenic Parolini vertreten. Die Regierung beantragt, den vorliegenden Auftrag abzulehnen. Damit entsteht auch hier automatisch Diskussion. Grossrat Hohl, Sie haben das Wort.

Auftrag Hohl betreffend Einführung einer Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Grossen Rates und Grossrats-StellvertreterInnen (Wortlaut Dezemberprotokoll 2018, S. 486)

Antwort der Regierung

Die Regierung ist aufgrund des eingereichten Auftrags aufgefordert, zu einem Anliegen Stellung zu nehmen, das primär Belange des Grossen Rates betrifft. Die staatspolitische Dimension des Themas rechtfertigt dennoch eine inhaltliche Antwort der Regierung.

Eine Amtszeitbeschränkung für Mitglieder der kantonalen Parlamente kennen aktuell vier Kantone, nämlich Obwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura. Eine solche Beschränkung auch in Graubünden einzuführen, wird primär mit einer Stärkung der politischen Nachwuchsförderung begründet. Zudem sollen damit auch Machtkonzentrationen vermieden und mehr Personen mit ihren Ideen in den politischen Prozess einbezogen werden.

Die Frage der Amtszeitbeschränkung beim Grossen Rat wurde bereits im Rahmen der Totalrevision der Kantonsverfassung in der Verfassungskommission diskutiert.

Die Verfassungskommission lehnte eine solche Einschränkung ab. Sie begründete dies im Wesentlichen mit den praktischen Erfahrungen, wonach der Grosse Rat im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen aufgrund von Rücktritten und Abwahlen jeweils um rund einen Viertel erneuert werde. Vor diesem Hintergrund wurde eine verfassungsmässige Regelung für überflüssig erachtet. Die politische Erneuerung sei Aufgabe der Parteien und der Wählenden (vgl. hierzu Erläuternder Bericht der Verfassungskommission vom 6. September 2000, S. 88). Das Thema wurde dann im weiteren Verlauf der Verfassungsrevision weder im Vernehmlassungsverfahren noch im Grossen Rat mehr aufgegriffen.

Die Regierung sieht auch aktuell keinen Handlungsbedarf. Auch ohne Amtszeitbeschränkung ist eine angemessene Erneuerung des Grossen Rates nach wie vor gewährleistet, wie die Erneuerungsquoten bei den Gesamterneuerungswahlen aufzeigen. Bei den Wahlen im Jahr 2010 lag die Quote bei ca. 41 Prozent (49 Mitglieder), im Jahr 2014 bei ca. 27 Prozent (32 Mitglieder) und zuletzt im Jahr 2018 bei ca. 42 Prozent (50 Mitglieder). Die beim Grossen Rat zweifellos erstrebenswerte Durchmischung von amtsjüngeren und amtsälteren Mitgliedern, welche einen fortlaufenden Wissens- und Erfahrungstransfer ermöglicht, ist somit gegeben. Und die Gefahr einer Machtkonzentration ist bei einem Legislativorgan mit 120 Mitgliedern, die unterschiedlichste politische Richtungen vertreten, auch nicht zu erkennen. Einer solchen wirkt zudem die im Gesetz über den Grossen Rat (GRG, BR 170.100) vorgesehene Beschränkung der Amtsdauer der Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten entgegen.

Eine Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder und Stellvertreter/innen des Grossen Rates erscheint also weiterhin nicht erforderlich. Eine solche Einschränkung würde im Übrigen einen markanten Eingriff in das aktive und passive Wahlrecht der Stimmberechtigten bedeuten. Formal müsste eine Amtszeitbeschränkung für den Grossen Rat wegen der staatspolitischen Bedeutung – analog zur Regelung für die Regierung (Art. 39 Abs. 4 KV) – in der Verfassung des Kantons Graubünden (KV; BR 110.100) verankert werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.

Hohl: Ich hoffe, Sie haben die Mittagspause genossen und sind bereit, engagiert über eine Amtszeitbeschränkung zu sprechen. Ich bedanke mich bei der Regierung für ihre Antwort auf meinen Auftrag. Die Regierung argumentiert aus Sicht des Gesamtparlamentes, dass eine Durchmischung von dienstalten und dienstjungen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aufgrund der natürlichen Durchmischung sowieso gegeben sei und zieht dabei die Erneuerungsquote der letzten Grossratswahlen herbei. Zuständig für eine gesunde Erneuerung seien die Parteien und das Volk. Diese Argumentation greift selbstverständlich zu kurz. Dass gesamthaft eine Erneuerung des Parlaments gegeben ist, ist unbestritten. Was ich aber vehement vertrete ist der Fakt, dass das heutige passive Wahlrecht mit der Möglichkeit, unbegrenzt wieder antreten zu können, den politischen Nachwuchs und den Wettbewerb der Ideen hemmt. Denn Volk und Parteien können diese Aufgabe aufgrund von äusseren Sachzwängen nur unzureichend wahrnehmen. Zuerst einmal zum Volk: Das Volk selber wählt klar diejenigen, welche mit einem bisherigen Bonus antreten. Leider konnte mir die Verwaltung des Kantons auf Nachfrage keine Auskunft geben, wie hoch die Abwahlquote von bisherigen Grossrätinnen und Grossräten ist. Daher habe ich stellvertretend einen grossen, meist relativ umkämpften Wahlkreis, nämlich den Wahlkreis Chur, analysiert. Bei den letzten fünf Grossratswahlen traten 75 Bisherige an, wovon 71, oder über 94 Prozent, wiedergewählt wurden. Da ich nicht davon ausgehe, dass die Quote über den ganzen Kanton wesentlich anders aussieht, lässt sich sagen: Das Risiko, dass Sie als Bisherige oder Bisheriger bei den nächsten Wahlen abgewählt werden, sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, liegt sicher deutlich unter 10, vermutlich sogar unter 5 Prozent. Sofern Sie persönlich und Ihre Partei sich nämlich entscheiden, wieder anzutreten, ist die Wahl statistisch gesehen beinahe garantiert. Das hängt vor allem damit zusammen, dass neue Gesichter im Vergleich zu den alten bekannten nicht annähernd eine äquivalente Medienpräsenz erreichen. Es kommt nicht von ungefähr, dass jedes Mal vor den Wahlen zahlreiche Vorstösse eingereicht werden. Es gibt...

Standesvizepäsident Della Vedova: Ich bitte um etwas Ruhe.

Hohl: Es gibt keine günstigere Werbung für Parlamentarier. Dieser Vorteil wird gnadenlos, aber natürlich auch völlig zu Recht ausgenutzt. Nun kommen die Parteien zum Zug. Die Parteien stehen unter ständigem Druck, gewinnen zu müssen und Erfolge vorweisen zu können. Es ist nur logisch und menschlich, dass immer aufs Neue lieber auf die alten Schlachtrösser mit annähernd 100-prozentiger Erfolgsquote zurückgegriffen wird, bevor ein neues, talentiertes, vielversprechendes, aber in der öffentlichen Wahrnehmung leider zu wenig bekanntes Gesicht für eine Wahl portiert wird. Je mehr Bisherige kandidieren, desto geringer die Change, dass man den begehrten Sitz im Kantonsparlament mit einem Neuling ergattern kann. Die Parteien bringen in unserem Milizsystem zwar einen gigantischen Effort. In diesem Punkt siegt aber meist die Bequemlichkeit, die über 90-

prozentige Erfolgsgarantie der Bisherigen und auch der Fakt, dass man altverdiente Politiker nicht aufs Abstellgleis stellen will. Aus Loyalität diesen Politikern gegenüber ist es leider vielfach nicht einmal ein Parteientscheid, sondern ein persönlicher Entscheid der Bisherigen, ob sie erneut antreten wollen oder nicht. Ich selber kenne die Amtszeitbeschränkung aus meiner Zeit im Churer Gemeinderat aus dem Effeff. Sie zwingt Parteien und Amtsträger gleichermaßen, die politischen Karrieren zu planen und die Nachwuchs- und Mitgliederwerbung nicht zu vernachlässigen. Wenngleich das Finden von interessierten Kandidatinnen und Kandidaten sicher kein Zuckerschlecken ist, so holt es uns aus unserer Komfortzone heraus und fördert institutionalisiert den politischen Nachwuchs.

Eine Analyse der Anzahl Kandidierender bei den Churer Gemeinderatswahlen zwischen 2000/2016 zeigt sogar, dass es den Churer Parteien gelungen ist, dem Volk mehr Kandidierende zur Wahl vorzuschlagen, als dies noch vor 20 Jahren z.B. der Fall war. Mittlerweile kandidieren wiederkehrend mehr als 100 Interessierte für die 21 Plätze im Churer Gemeinderat. Das Beispiel zeigt: Wo der politische Druck zur Erneuerung da ist, finden sich auch genügend motivierte und qualifizierte Kandidaten. Auf Kantonsebene und an vielen anderen Stellen fehlt dieser Handlungsdruck für die Parteien leider. Eine aktuelle Studie der HTW Chur zeigt, dass bereits in den Gemeindevorständen und Parlamenten die Unter-35-Jährigen völlig untervertreten sind. Dies nicht, weil die jungen Erwachsenen wenig Politikinteresse, geschweige denn fehlendes Know-how hätten. Die Studie kommt zum Schluss, dass die meisten der Befragten gar nie für ein politisches Amt angegangen werden, obschon sich knapp 20 Prozent der Studienteilnehmer offen für eine aktive Beteiligung an politischer Arbeit zeigten. Wenn wir unseren Nachwuchs also strategisch und institutionalisiert fördern wollen, dürfen wir nicht mit Selbstzufriedenheit und Selbstherrlichkeit hier sitzen und meinen, wir seien unersetzlich. Es liegt nicht am Fehlen der Interessierten oder am fähigen Nachwuchs. Es liegt nicht daran, dass das Milizsystem nicht mehr funktioniert, und es liegt schon gar nicht an den zu geringen Entschädigungen für unsere öffentlichen Ämter. Denn dies ist für den Nachwuchs noch weniger relevant als für den Bestand. Wir müssen und sollen uns selber zwingen, aus der Komfortzone herauszukommen, um die politische Nachfolge institutionalisiert und nicht abhängig von der persönlichen politischen Karriereplanung Einzelner zu organisieren. Sagen Sie daher ja zur Überweisung meines Auftrages. Ich bin mir sicher, dass das Volk den Vorschlag in einer allfälligen Volksabstimmung mit grossem Mehr unterstützen würde.

Cramer: Ich spreche als Junger hier in diesem Rat zu Ihnen. Grossrat Hohl möchte mit seinem Vorstoss offenbar die Jungen fördern und sagt, dieser Vorstoss würde den Jungen dienen. Ich komme genau zum gegenteiligen Schluss, komme nachher noch dazu. Ich frage mich, ob wir mit diesem Vorstoss wirklich ein Problem lösen oder ob wir wieder einmal eine Lösung für ein Problem schaffen, das gar kein Problem ist. Wenn ich die Mitgliedschaft in diesem Rat anschau, sind von 120 Parlama-

rierinnen und Parlamentarier gerade mal neun Personen vor 2006 gewählt worden. Acht Personen sind im Jahr 2006 in diesen Rat gewählt worden und alle weiteren sind seit 2010 oder später Mitglied des Kantonsparlaments. Es freut mich aber, dass auch die BDP die Zeichen der Zeit erkannt hat und sich für eine Erneuerung auf freiwilliger Basis eingesetzt hat. So war nämlich die BDP in der letzten Legislatur mit dem Durchschnittsalter 58 die mit Abstand älteste Fraktion in diesem Parlament, während die CVP-Fraktion den Durchschnittsjahrgang 1966 hatte und damit die jüngste Fraktion in diesem Parlament bildete. Und genau die Jungen in diesem Parlament trifft eben dieser Vorstoss, und zwar in absoluter Härte. Wer mit 20 Jahren ins Parlament gewählt wird, muss mit 32 Jahren oder 36 Jahren, je nachdem, wie viele Jahre man da die Amtszeitbeschränkung dann festsetzen wird, entweder Regierungsrat, Nationalrat, Ständerat oder Bundesrat sein, oder er scheidet aus der Bündner Politik aus, und das ist schade. Wollen wir wirklich die Jungen mit diesem Vorstoss bestrafen? Ich sage ganz klar Nein! Der Vorstoss will zwar etwas für die Jungen machen und die Erneuerung im Parlament garantieren, erreicht aber genau das Gegenteil. Das Ziel wird völlig verfehlt. Zudem stellt der Vorstoss eine total unnötige Regulierung einmal mehr dar. Mit ihm wird die passive Wahlfreiheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die uns das Vertrauen geschenkt haben, massiv eingeschränkt, und Art. 34 der Bundesverfassung wird arg strapaziert.

Ich halte die Bürgerinnen und Bürger absolut für mündig genug, selbst zu entscheiden, wen sie in dieses Parlament wählen wollen und wen nicht. Dazu braucht es keine staatlichen Vorschriften und keine Bevormundung der Wählerinnen und Wähler. Die soll auch weiterhin in ihrem freien Ermessen stehen. Wenn Grossrat Derungs in seiner Anfrage die Regierung um Auskunft darüber bittet, wie es mit der Regulierung in diesem Kanton steht, sagt die Regierung in der Beantwortung, dies sei namentlich auf die Vorschriften des Bundesrechts zurückzuführen. Hier haben wir es aber in der eigenen Hand, keine zusätzlichen Regulierungen zu beschliessen. Wenn aber der Vorstoss überwiesen werden sollte, beschäftigen wir erneut die Verwaltung mit der Erarbeitung einer Botschaft, aus meiner Sicht einer unnötigen Botschaft. Ich möchte Ihnen auch die Angst nehmen. Ich habe kein Interesse daran, mein halbes Leben hier in diesem Parlament zu verbringen. Ich sage das nicht aus Eigennutz, sondern weil ich der tiefen Überzeugung bin, die Stimmberechtigten in diesem Kanton sind mündig genug, selbst zu entscheiden, wen sie als ihren Vertreter oder ihre Vertreterin im Grossen Rat wollen. Also auferlegen wir uns nicht selbst unnötige Einschränkungen. Am Vormittag hat es auch Grossrätin Müller gesagt in Zusammenhang mit der Wahl an die oberen kantonalen Gerichte, schränken wir das Parlament nicht unnötig ein, hat sie dort gesagt. Ich sage Ihnen, schränken wir die Stimmberechtigten in diesem Kanton nicht unnötig ein. Lehnen wir diesen Vorstoss ab und konzentrieren wir uns wieder auf die wirklichen Probleme in diesem Kanton.

Rutishauser: Eine Amtszeitbeschränkung ist an vielen Orten üblich. Ich unterliege beispielsweise im Vorstand der Frauenzentrale und im Stiftungsrat des Frauenhauses einer solchen. Dies ist sinnvoll, um neuen Köpfen, alten oder jungen, die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen. Die Regierung erwähnt in ihrer Antwort zum Auftrag Hohl, dass der Grosse Rat sich ohne eine solche Beschränkung mit einer hohen Prozentzahl erneuere. Jedoch bestehen hierbei über den ganzen Kanton betrachtet deutliche Unterschiede. Es gibt kleinere Wahlkreise, in welchen diese Neuerung über Jahrzehnte nicht stattfindet und immer dieselbe Person die Interessen einer wahrscheinlich heterogenen Bevölkerung vertreten soll. Eine Einschränkung der demokratischen Rechte der Bevölkerung, wie sie die Regierung befürchtet, scheint mir somit mit dem Fehlen einer Amtszeitbeschränkung gegeben zu sein. Die Kantone Obwalden, beide Basel und Jura scheinen solche Bedenken im Übrigen nicht gehabt zu haben, als sie eine Amtszeitbeschränkung einführen. Auch die Grossratswahlen des letzten Jahres haben diese Problematik aufgezeigt. In vielen Wahlkreisen gab es keinerlei Wahlkampf, keine politische Auseinandersetzung, weil dort nur so viele Kandidatinnen und Kandidaten angetreten waren, wie Sitze zu vergeben waren. Wenn eine Person schon als gesetzt gilt, trauen sich andere politisch Interessierten zudem möglicherweise gar nicht, zu kandidieren. Eine Amtszeitbeschränkung würde im Übrigen niemanden zum politischen Ruhestand zwingen. Ehemalige Ratsmitglieder sind teilweise sehr aktiv in anderen Gremien tätig, seien dies politische Parteien, Verbände und Interessengruppen. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen können Sie also auch so weiterhin in die Gestaltung des Kantons einbringen. Ich bitte Sie, den Auftrag Hohl zu unterstützen.

Rettich: Mit der Unterstützung dieses Auftrags beschneide ich mich als zweitjüngster ordentlich gewählter Grossrat selbst. Denn bei einer Annahme reduziere ich meine Amtsdauer als Grossrat möglicherweise um einige Jahre. Das ist mir bewusst. In einer Demokratie geht es aber nicht um mich, sondern es geht um freie Meinungsbildung. Seien wir ehrlich, jede und jeder von uns weiss, wer gewählt ist, hat bei den nächsten Wahlen einen Bisherigen-Bonus. Kollege Hohl hat diesen Fakt mit eindrücklichen Zahlen belegt. Ob man in der vergangenen Legislatur viel geleistet hat, sich beispielsweise im Hintergrund oder mit Vorstössen eingebracht hat, ist für eine Wiederwahl nicht immer das wichtigste Kriterium. Somit spielt die Bekanntheit einer Person für eine Wahl eine mindestens ebenso wichtige Rolle. Dieser Umstand fördert Stagnation und zementiert die Position alteingesessener Grossrätinnen und Grossräte zunehmend. Das macht es jungen, frischen und Polittalenten schwierig, gegen bisherige Amtsträgerinnen und Amtsträger gewählt zu werden und trägt zur Politverdrossenheit junger Menschen bei. Die spiegelt sich unter anderem in den Zahlen über den Einsitz junger Menschen in politischen Ämtern und auch deren Wahlbeteiligung wieder. Wie bereits gesagt, bei diesem Vorstoss geht es nicht um Einzelpersonen, sondern es geht um faire Chancen und gelebte Demokratie. Wer 12 oder 16 Jahre im Parlament sitzt, hat genug Zeit, um so Einiges zu bewegen. Wer

diese Zeit nicht zu nutzen versucht, ist hier in meinen Augen fehl am Platz. Sogar wer sich einsetzt und mit Vorstössen immer wieder scheitert, kann sich ob einer Amtszeitbegrenzung glücklich schätzen. Denn so finden nach einigen Jahren frische Gedanken Einzug ins Parlament und lange, erfolglose Ideen haben vielleicht doch noch eine Chance. Eine Limite erhöht den Druck auf uns, im Sinne der Bevölkerung Gas zu geben, statt Ideen einfach hinauszuschieben. Kollege Cramer, in Zukunft 36-jährige Nationalrätinnen oder Regierungsräte zu haben, finde ich übrigens eine erstrebenswerte Zukunftsaussicht. Sie sehen, wir Jungen sind bereit, im Sinn der Demokratie unsere Plätze rechtzeitig freizumachen. Und ich appelliere an die erfahrenen Grossrätinnen und Grossräte, es uns gleichzutun und nicht an ihren Sesseln zu kleben. Für eine gelebte Demokratie scheint mir dieser Gedanke förderlich, deshalb bitte ich Sie, nicht an sich, sondern an die Sache zu denken und den Auftrag Hohl zu überweisen.

Noi-Togni: Non credo sia giusto modificare una regola alla quale ci appoggiamo da molti anni per l'elezione del Gran Consiglio, e cioè la libertà di chi siede in Parlamento di decidere se nuovamente candidare o meno. Ritengo il Popolo il miglior giudice e la competenza di decidere deve essergli lasciata. Altro discorso per l'esecutivo. Solo tre Cantoni, e cioè i due Basilea, Obvaldo e Giura, hanno introdotto nella Confederazione elvetica un limite di carica per il legislativo cantonale. E il Grigioni non dovrebbe farlo.

Unabhängig von meiner persönlichen Situation kann ich die Antwort der Regierung unterstützen. In der Schweiz kennen nur zwei Halbkantone eine Amtszeitbeschränkung für ihre Kantonsparlamente. Aber auch der Nationalrat kennt keine Amtszeitbeschränkung. Ich weiss, dass wir in einer Zeit leben, die sich generell mit der Differenzierung von Begriffen schwertut. Nun, eine Legislative ist nicht eine Exekutive, für welche eine zeitliche Limitierung eines Mandats eher angebracht erscheint. Dies wegen der Komplexität und der Belastung in einer solchen Tätigkeit. Und auch nicht zuletzt, weil eine nicht zu verkennende Macht mit dieser Charge verbunden ist. Die Regierung erwähnte die Erläuterung für die Kantonsverfassung im Jahr 2000. Ich war damals in der Verfassungskommission, und dort wurde tatsächlich eine Amtszeitbeschränkung für den Grossen Rat in Erwägung gezogen. Es wurde aber schnell klar, dass das Wählen oder nicht Wählen einer Person in den Grossen Rat eine Kompetenz ist, die dem Volk ganzheitlich zu überlassen ist aufgrund der Demokratie oder wenigstens aufgrund einer Kultur der Demokratie. Jean-Jaques Rousseau soll Ähnliches gesagt haben. Die Politik kennt auch bestimmte Rituale, und dadurch manifestiert der Wille Druck auch in alte aus. In der Philosophie reden wir von Signifikanz, was Ausdruck bedeutet, und zwar mit konkreten Zeichen, Ritualen, Symbolen usw. Die Rede des amtsältesten Parlamentsmitgliedes bei der Legislatureröffnung ist ein solches Zeichen und bedeutet, einen Konsens mit denjenigen, die über eine längere Zeit im Rat Erfahrungen gesammelt haben. Dies erwähnt auch die Regierung, sozusagen als sinnvolle Durchmischung von Wissen aus längerer Erfahrung mit den fri-

schen Ideen der Neueingetretenen. Wir wissen auch, dass eine breiter gestreute Gruppe repräsentativer ist, die Risiken von Fehlentscheidungen senkt und damit besser funktioniert. Auch nicht irrelevant ist die Tatsache, dass eine Amtszeitbeschränkung eine Änderung der Kantonsverfassung verlangen würde, mit Volksabstimmung und weiteren bürokratischen Anpassungen. Aber mich überrascht dieser Vorschlag in einer Zeit der grossen Freiheit und des Individualismus. Er erkennt, dass nicht alle Menschen gleich sind. Gewisse haben auch nach vielen Jahren Freude und Interesse an der Politik. Und andere müssen dazu gezwungen werden, ein Amt zu übernehmen. Vor allem überrascht das mangelnde Vertrauen in die Auswahlfähigkeit des Volkes, welches meiner Meinung nach wohl fähig ist, selektiv und überlegt zu denken und zu wählen, und dessen Bevormundung dabei in Widerspruch zum Grundsatz der Demokratie stehen würde. Als amtsälteste, und nicht nur als amtsälteste Abgeordnete im Rat, bitte ich um Ablehnung dieses Antrags.

Cahenzli-Philipp: Niemand sagt wohl gerne am Stuhl, auf dem er oder sie selber sitzt. Und trotzdem mache ich nun genau das und spreche mich für die Überweisung des Auftrages aus. Und ich hoffe sehr, dass ich dabei die gute Sitznachbarschaft mit meiner geschätzten Nachbarin, Kollegin Noi, nicht riskiere. Wir kennen heute in den meisten politischen Funktionen eine Amtszeitbeschränkung. Da kann man sich schon fragen, warum ausgerechnet der Grosse Rat davon ausgenommen bleiben soll. Eine Amtszeitbeschränkung sorgt dafür, dass die gewünschte Erneuerung regelmässig stattfindet und zwar in allen Wahlkreisen und in allen Parteien. Für die Parteien ist es eine Chance, die Nachwuchsförderung nicht zu verpassen. Die Parteien sind gefordert, frühzeitig neue Kräfte aufzubauen, und können nicht bequem auf den bisherigen Bonus zählen. Eine Beschränkung ermöglicht, und das ist für mich der wichtigste Punkt, eine Beschränkung ermöglicht einem grösseren Kreis von Personen die Partizipation an der Politik, was nur gut sein kann. Teilhabe fördert ein konstruktives Zusammenspiel von Gesellschaft und Politik. Wir entscheiden heute nicht, ob an unseren Stühlen tatsächlich auch gesägt werden soll. Denn klar, da gebe ich gewissen Vorrednern Recht: Am Ende entscheidet die Bevölkerung, wen sie in den Grossen Rat wählt und wen nicht. Genauso sollte aber auch die Bevölkerung entscheiden dürfen, ob sie eine Amtszeitbeschränkung möchte oder nicht. Geben wir doch den Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen die Gelegenheit dazu, indem wir den Auftrag überweisen.

Marti: Ich verstehe das Anliegen, das Ratskollege Hohl vorträgt, sehr gut und es ist auch ein tolles, ein hehres Ansinnen, dass man darauf achtet, dass nicht Leute zu lange auf einen Sitz kleben und die Jungen dann zu kurz kommen. Aber ich glaube einfach auch, die Realitäten, die sind ein wenig anders. Die Realitäten heute sind so, dass wir eigentlich Mühe haben, und ich gratuliere all denjenigen Parteien, die diese Mühe nicht haben, aber dass wir Mühe haben, Leute zu finden, die kandidieren. Es ist in unseren Talschaften, und Ratskollege Hohl, Chur kann hier nicht das Beispiel sein, es ist in unseren

Talschaften gar nicht mehr einfach, Leute zu gewinnen, die dann auch bereit sind, Zeit und Lebenszeit, Arbeitszeit, Freizeit zu opfern für die Politik, sich dem auszusetzen, dass man auch angreifbar wird, und es ist nicht so selbstverständlich. Und wir sollten vorab einmal, ich möchte dies auch ausdrücklich tun, Wertschätzung und Dank auch all denjenigen Leuten gegenüber bringen, die auch länger als beispielsweise zwölf Jahre sich zur Verfügung stellen, ein öffentliches Amt in dem Sinne ausüben und zur Gemeinschaft beitragen. Es ist nicht so, dass die Älteren, die im Rat sitzen und einfach nur auf ihren Sesseln hocken und da irgendjemandem dann den Weg versperren, sondern es ist eine Leistung an der Gesellschaft. Und wir kranken heute daran, dass die zumeist beinahe unentgeltliche Arbeit an der Gesellschaft eben nicht en vogue ist und es ist schwierig, auch Leute zu finden, ich möchte dies ausdrücklich sagen. Nun, was hat das Parlament heute für eine Situation? Die Situation ist ja so, ganz in der Realität, dass rund ein Drittel der Parlamentarier heute ausgewechselt werden pro Legislatur. Das ist eine Tatsache. Sie können das nachverfolgen, die letzten paar Jahre: Wir haben jedes Mal bei den Wahlen rund in etwa ein Drittel neue Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Das zeugt eigentlich davon, dass eine zwölfjährige Amtszeitbeschränkung eigentlich automatisch schon im Rat gilt. Und wenn Sie sich dann fragen, wenn Sie dann die nächsten Wahlen anpacken, wer bleibt dann noch im Rate und wer nicht, dann kämpfen Sie ja wirklich darum, dass gewisse Leute sagen, eigentlich, ich habe es gesehen, ich habe es getan, ich würde eigentlich lieber zurücktreten, aber sie bleiben noch. Und wenn ich an die BDP erinnere, ich muss das hier leider sagen, die BDP hat aus Zwang sogar gewissen Leuten den Rücktritt verboten, als sie neu gegründet wurde, weil sie tatsächlich Mühe hatte, Nachwuchs zu finden. Es gab eine interne, sagen wir einmal, Besprechung bei Ihnen, möglichst viele Altgediente zu behalten, damit die Sitze erhalten bleiben. Jetzt könnte man ja sagen, eben genau deshalb muss es eine Amtszeitbeschränkung geben, dass das nicht so geht, dass dann die Jungen kommen, aber man muss dann auch die jungen Leute zuerst einmal haben.

Dann, das Parlament hat eine wichtige Aufgabe. Es hat eine wichtige Aufgabe, den Nachwuchs in Richtung Regierungsbank herzustellen, hier teile ich die Meinung von Ihnen, also, dass man etwas Erfahrung hat, bevor man dann in die Regierung kommt, ist schon sinnvoll. Und dass dann gewisse Leute wirklich den richtigen Moment nicht anpacken können, um vielleicht eine politische Karriere anzustreben, wenn sie dann aus dem Rat ausscheiden, ist auch nicht besonders optimal. Regierungsrat Peyer ist, glaube ich, länger im Grossen Rat gewesen als diese Amtszeitbeschränkung, die Sie fordern. Ich glaube, es hat der SP nicht geschadet, dass er Regierungsrat wurde. Er hätte natürlich auch kandidieren können, dann, wenn er nicht mehr Parlamentarier ist. Aber das ist etwas sehr viel Schwierigeres, weil man ist nicht mehr dabei.

Das Parlament hat weiter die Aufgabe, ausgewogen zu sein. Es ist nicht verboten, dass junge Leute im Parlament sind. Es soll aber auch nicht verboten werden, dass ältere Leute im Parlament sind. Und wir haben auch eine

Generation jetzt, der Nachwuchs wird knapper, die jungen Generationen sind knapper, und wir haben Mühe, in verschiedenen Chargen die jungen Leute hineinzubekommen. Dann spreche ich Sie ganz persönlich an, Ratskollege Hohl. Sie haben das Beispiel von Chur genannt, der Gemeinderat von Chur, wo eine zwölfjährige Beschränkung besteht. Wir haben mittlerweile im Gemeinderat von Chur, und ich rede hier aus Erfahrung als Stadtpräsident, eine viel zu hohe Fluktuation. Das Wissen geht permanent verloren. Auch das Wissen wie vielleicht etwas aufgebaut wurde. Und ich kann Ihnen sagen, Ratskollege Hohl, als Gemeinderat waren Sie einer der besten. Ich möchte Ihnen auch ein Kompliment machen. Sie waren erfahren, und Sie waren für mich als Stadtpräsident einer jener, der genau wusste, wenn er etwas sagte, dass er die Historik kannte. Ich kann Ihnen sagen, seit Ihrem Ausscheiden aus dem Churer Parlament ist das Churer Parlament nicht stärker geworden. Ihre Nachfolger müssen zuerst das Fachwissen aufbauen, das dauert eine gewisse Zeit. Das dauert wirklich eine gewisse Zeit. Und für mich als Stadtpräsident ist es einfacher geworden, seit Sie nicht mehr im Rate sind, weil Ihr Wissen, Ihre Erfahrung, die zählte in diesem Rat ganz besonders. Und ich mache dieses Kompliment nicht aus taktischen Gründen, es ist ehrlich gemeint. Sie wissen genau, dass Ihr Wort damals im Gemeinderat der Stadt Chur Gewicht hatte. Und es hätte heute noch Gewicht. Und zwar sehr starkes Gewicht. Was will ich ansprechen? Die Regierung braucht ein starkes Parlament. Ein starkes Parlament ergibt sich auch aus der Erfahrung. Es gibt junge Talente, ich gratuliere den jungen Talenten, die so gut reden können, wie beispielsweise Frau Müller heute. Ich konnte das zu Beginn nicht. Ich musste Erfahrung sammeln. Und habe mir, ich stelle fest, alle hören zu, das war zu Beginn überhaupt nicht so. Mittlerweile, mit den Jahren der Erfahrung, bekommt man etwas mehr an Gewicht und kann der Regierung auch eher Paroli bieten. Und das ist eine wichtige Aufgabe. Man muss sehen, die Regierungsbank sind Vollprofis. Die haben das ganze Wissen der Verwaltung. Und ein junges Parlament kann der Regierung per se nicht einfach so locker Paroli bieten und das ist äusserst wichtig.

Es gibt viele Gründe, die für Amtszeitbeschränkungen sprechen. Ich denke da vor allem an die Exekutive. Es gibt aber auch gute Gründe, die dagegensprechen, wenn wir an die Parlamente denken. Und aus dieser Abwägung der Vor- und Nachteile, aus dem historischen Wissen eines Parlamentes, aus der Wertschätzung aller Leute gegenüber, die dann auch sich freiwillig, ehrenamtlich für die Politik zur Verfügung stellen und den jungen Leuten nicht zu früh die Lust an der Politik wieder zu nehmen, plädiere ich heute dafür, am bisherigen System festzuhalten und wie erwähnt, dass sich das Parlament um einen Drittel pro vier Jahre erneuert, ist eigentlich Grund genug, an der heutigen Regelung festzuhalten.

Koch: Vorweg: Die Fraktion der SVP unterstützt den Auftrag Hohl. Wir haben es von Kollege Rettich ausgeführt erhalten. Eine gelebte und lebhaft Demokratie soll auch nach unserer Auffassung eine Amtszeitbeschränkung haben. Insbesondere Kollegin Cahenzli hat darauf

hingewiesen. Die Parteien sind hier vermehrt in die Pflicht zu nehmen. Aber, und da sind wir überzeugt davon, es sind ihnen auch die entsprechenden Instrumente zur Hand zu geben. Und hier, Kollege Cramer, unterscheiden wir uns. Ja, die Stimmbürger sind mündig. Wir müssen ihnen aber auch die Chance und die entsprechende Auswahl geben. Und dies ist leider nicht immer der Fall. Vielleicht nicht in Chur. Und vielleicht auch nicht in meinem Wahlkreis Fünf Dörfer. Aber in vielen Fällen ist klar, wer entsprechend nachfolgen soll und andere Personen haben fast keine Möglichkeit sich vorzubereiten, da die Regeln oder die Limitierung für den Rücktritt nicht klar sind. Und, Herr Marti, noch als Anfügung: Genau Ihr Votum hat es für mich nochmals auf den Punkt gebracht. Wie wollen Sie den eben genau diese Personen finden, wenn diese Rücktrittsregel nicht klar ist? In vielen Fällen, die ich persönlich kenne, sind die Rücktritte kurzfristig oder werden, und hier muss man wieder die Parteien in die Pflicht nehmen, eben vielleicht zu wenig ernst genommen von den Parteien. Und dann, da bin ich bei Ihnen, Kollege Marti, dann leidet eben teilweise die Qualität. Wir sind davon überzeugt, dass mit einer Amtszeitbeschränkung eine weitere Form eingeleitet werden könnte, um unser Parlament besonnen dynamischer zu machen.

Caluori: Ich möchte nur kurz noch die Sicht eines Verbandspräsidenten aufzeigen. Ich habe gleich nach meinem Amtsantritt als Präsident von Gastro Graubünden eine Amtszeitbeschränkung eingeführt. Und ich sehe das auch bei vielen anderen Verbänden und Institutionen. Überall, wo eine Amtszeitbeschränkung besteht, wird Gas gegeben, es werden Reformen angepackt, Innovationen gefördert und umgesetzt. Alles in allem: Es wird zukunftsorientierter gearbeitet. Was für Verbände und Institutionen gilt, gilt ebenfalls für den Grossen Rat. Eine kontinuierliche Blutauffrischung täte auch dem Grossen Rat nur gut. Ab und zu ein frischer Wind hat nämlich noch nie geschadet. Ich möchte kurz noch Grossrat Marti zitieren: In Bezug auf Grossrat Hohl möchte ich Folgendes festhalten. Gerade Grossrat Hohl ist jetzt eine Bereicherung für den Grossen Rat und das nur dank der Amtszeitbeschränkung im Churer Gemeinderat. Meine Damen und Herren, stimmen Sie für Überweisung des Auftrages von Grossrat Hohl.

Wieland: Auch als ich vor rund neun Jahren frisch in diesen Rat gewählt wurde, habe ich ähnliche Gedanken gehabt wie Grossrat Hohl. Wenn ich aber schaue, wie das ganze demokratische System aufgebaut ist, dann ist für mich die Urdemokratie, die Gemeindeversammlung oder im Kantonalen Bereich beispielweise die Landsgemeinde. Bei diesen Gremien, die eigentlich die für die Bevölkerung wirklich daran teilnimmt, besteht keine Amtszeitbeschränkung. Wir sind, jeder Einwohner von meiner Gemeinde ist mir recht, wer an dieser Gemeindeversammlung teilnimmt. Aus diesen Gründen denke ich, dass der Vorstoss von Herr Hohl schon etwas zu überdenken ist. Wir haben beispielsweise einen sehr geschätzten Grossrat Vetsch das letzte Mal aus den Reihen verlassen und er hat zum Abschied noch einige Vorstösse eingereicht, die eben genau das Parlament stärken

sollen und sein Wissen, dass er in 16 Jahren aufgebaut hat, hat er in diesen Vorstössen noch eingereicht. Mit dem Ziel, das Parlament weiterhin kräftig zu halten gegenüber der Verwaltung und auch gegenüber der Exekutive. Und genau das ist der Grund, dass ich denke, dass eine Amtszeitbeschränkung nicht grossen Sinn macht, weil das Parlament muss gegenüber der Verwaltung, vor allem gegenüber der Verwaltung, genügend kräftig sein und nur das Wissen, dass Parlamentarier, die einige Zeit hier in unserem Gremium Einsitz genommen haben, das einbringen können, denke ich, hilft, das Parlament zu stärken. Ich bitte Sie deshalb, diesen Vorstoss abzulehnen.

Niggli-Mathis (Grüsch): Ich habe kürzlich ein Zitat gelesen, das ich in einem Wort abändern möchte, aus Respekt vor der Institution Grossen Rat. Das Votum lautet: «Haben Sie die Gelassenheit eines Stuhls, er muss mit jedem Gesäss klarkommen.» Und ich denke, das zeigt auch etwas auf, wie wir hier mit dem ganzen Thema umgehen. Für mich persönlich, und das gebe ich zu, wäre eine Amtszeitbeschränkung von 16 Jahren auch ein Selbstschutz. Ich denke, ich bin einer der ewigen Ja-Sager, einer, der in seinem Leben nicht Ämter gehäuft hat, sondern Ämter angenommen hat, die ihm angetragen wurden, weil sie sonst niemand macht und ich hatte leider nicht die Gösse, das Wort «Nein» gebührend in meinem Vokabular aufzunehmen. Ich denke, hier hat es durchaus auch diese Komponente zu beachten. Die hervorragende Kenntnis der BDP von Kollege Marti und Kollege Cramer freut mich natürlich als Parteipräsident ausserordentlich. Ich kann Ihnen sagen, es ist aber die logische Reaktion einer Gruppierung, die angegriffen wird, wenn sie sich in eine Abwehr- oder Igelhaltung begibt und dabei die bewährten Stacheln nicht einfach so schnell fallen lässt. Ich denke, wir sind aus dieser Haltung herausgekommen. Mit den letzten Erneuerungswahlen hat auch eine Erneuerung der BDP-Fraktion stattgefunden, die auch nicht nur unserer Partei, sondern auch diesem Rat gutgetan hat. Vielleicht etwas, das bei Wahlen noch etwas speziell ist in unserer Gesellschaft. Die Wahl, zu der wir antreten, wird bei einer nicht Wahl in der Regel immer als persönliche Niederlage empfunden und wird zum Teil auch so kommuniziert. Es gibt andere Demokratien und andere Gesellschaftsmodelle, in denen man mit Leuten, die unterliegen und die dort auch bestimmt sehr gute Erfahrungen für ihre eigene Persönlichkeit machen, einen anderen Umgang haben als das bei uns üblich ist. Und ich denke, es wäre für unsere Gesellschaft, für unsere Demokratie und für unser Wahlsystem wünschenswert, wenn vermehrt eine grössere Auswahl an Kandidaten zur Verfügung stehen würde als Anzahl Sitze zu vergeben sind. Auch hier würde eine grössere Rotation und eine grössere Bemühung der Parteien, innerhalb ihrer eigenen Reihen Leute zu rekrutieren und auch für Ämter aufzustellen dazu beitragen, dass unsere Demokratie lebhafter und besser würde. Die Argumente von Kollege Marti betreffend die Erfahrung lasse ich durchaus gelten. Ich war selber zwölf Jahre lang im Gemeindevorstand von Grüsch und ich habe jetzt auch schon meine dritte Amtszeit hier im Grossen Rat angefangen. Es ist wirklich so, dass es eine

gewisse Zeit dauert, bis man sich eingearbeitet hat, bis man in gewissen Themen sattelfest genug ist, mitzusprechen und mitzumachen aber auch das soll alles wieder einmal ein Ende haben. Und zum Schluss, Kollege Cramer: Wenn Sie mit 20 Jahren in den Grossen Rat kommen und nach 16 Jahren Amtszeit eine vierjährige Pause einlegen, so können Sie sich mit 80 Jahren zum vierten Mal wiederwählen lassen und haben dann doch auch eine beachtliche Zeit im Rat verbracht. Ich denke, auch das wäre vielleicht auch eine Möglichkeit.

Epp: Die Regierung hat mit ihren Ausführungen absolut recht und auch Kollege Cramer, dem ich eigentlich nicht oft widerspreche. Prinzipiell bin ich aber in diesem Anliegen dennoch anderer Meinung, dass Amtsbeschränkungen nicht nur für politische Amtsträger sinnvoll sind. Es ist doch meistens so, dass man mit der Zeit und den Jahren zwar viel an Erfahrungen anhäuft, aber generell vielleicht auch ein wenig träge wird. Nach einer angemessenen Zeit ist es entsprechend nur gut, wenn es frischen Wind, neue Ideen und neue Köpfe gibt. Während dieser Zeit aber, und gerade weil man weiss, dass das Amt beschränkt ist, engagiert man sich im Laufe eben dieser Zeit umso mehr und vielleicht auch umso aktiver. Deshalb würde mich ein angemessener Vorschlag der Regierung interessieren und deshalb überweise ich auch diesen Auftrag.

Kunz (Chur): Ich glaube, der Vorstoss und Auftrag Hohl zeigt exemplarisch, dass es nur der Politik gelingt, sich lange mit Problemen zu beschäftigen, die eigentlich gar nicht bestehen. Wir reden und wollen ein Problem lösen, Kollege Cramer hat es gesagt, das faktisch in der Realität nicht besteht. Zu den Zahlen: 17 Grossratsmitglieder sind länger als zwölf Jahre hier im Rat. Das sind 14 Prozent. Zwei sind 22 Jahre, drei 19, drei 16, neun 13 Jahre und der ganze Rest 27, 26, 50 sind weniger lang in diesem Rat. Kollege Marti hat gesagt, wie etwa der Umschlag ist im Grossen Rat. Wenn wir mal die Erneuerung schauen je Legislatur: 2010 49 neue Grossräte, 2014 33 neue Grossräte, 2018 50 neue Grossräte. Fast die Hälfte dieses Rats wurde erneuert. Und ich würde Ihnen zustimmen, Grossratskollege Hohl, wenn hier alles alte, greise Damen und Herren sässen und wir alle eine totale Überalterung hier in diesem Grossen Rat hätten. Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Grosse Rat erneuert sich alle drei Jahre komplett neu. Und es gibt ein ganz einfaches Prinzip. Wenn wir kein Problem haben, müssen wir dieses Problem auch nicht lösen. Der Grosse Rat erneuert sich, wir haben immer wieder frisches Blut und wo es eben nicht nötig ist, gesetzlich einzugreifen ist es eben notwendig, kein Gesetz zu machen. Wir haben überhaupt kein Problem in diesem Bereich. Der Grosse Rat erneuert sich regelmässig. Warum eine Regel schaffen, die es überhaupt nicht braucht?

Wahlfreiheit: Ja, das Parlament soll gewählt werden, die Leute sollen entscheiden. Abwahlen verdienter Grossräte hat es immer wieder gegeben. Im Proporz stellen wir fest, dass die Leute fehlen, dass wir Kandidaten doppelt aufschreiben, nur, damit wir genügend Leute haben. Wir haben in diesem Sinne ein Rekrutierungsproblem, wenn wir die ganze Zeit erneuern müssen. Im Proporz sehen

Sie das ganz deutlich. Und hier im Grossen Rat sind wir immer noch in der Lage, uns alle zwölf Jahre komplett zu erneuern. Also, bitte haben wir ein Problem? Nein. Wenn wir kein Problem haben, brauchen wir ein Gesetz? Nein. Dann ist es überhaupt unnötig, hier einzugreifen. Und deshalb kann ich Ihnen hier, Grossratskollege Hohl, nicht zustimmen. Ich kann mir aber vorstellen, wie etwa die Mehrheiten jetzt aussehen. Aber notwendig ist dieses Gesetz oder dieser Eingriff in die Wahlfreiheit überhaupt nicht.

Cantieni: Einen Punkt möchte ich noch deutlicher ausführen, nämlich: Es gibt sehr viele Parteien im Land, die haben ja Amtszeitbeschränkungen, entweder explizit in den Statuten oder auch implizit funktioniert das meistens relativ gut, also dort, wo es auch implizit gelebt wird. Und es wurde auch gesagt, dass das ja ein Vorteil sei für die Partei, weil sie ja dann attraktiver sei für junge Leute, weil die dann eher wissen: Bei dieser Partei, derjenige, der da drin ist, der ist jetzt noch sechs Jahre da, und dann habe ich gute Chancen. Darum frage ich mich: Braucht es eine staatliche Regelung für diese Geschichte? Es soll doch jede Partei das intern selbst regulieren, bestimmen, wie sie das möchte, und dann hat sie ja auch vielleicht einen Vorteil gegenüber jungen Leuten, die bei ihnen Mitglied werden wollen. Das reicht für mich vollends.

Standesvizepräsident Della Vedova: Wünscht noch jemand das Wort? Es scheint nicht der Fall zu sein. Herr Regierungspräsident, Sie haben das Wort.

Regierungspräsident Parolini: Die Regierung ist aufgrund des eingereichten Auftrages aufgefordert, zu einem Anliegen Stellung zu nehmen, das an sich den Grossen Rat betrifft. Wir haben das aber aus staatspolitischen Überlegungen gemacht, haben unsere Meinung geäussert. Und Sie haben jetzt da im Plenum die Vor- und Nachteile diskutiert, und es war interessant, zuzuhören. Wir kommen aber nach wie vor zum gleichen Schluss: Wie Grossrat Kunz jetzt als letzter seine Ausführungen gemacht hat, auch Grossrat Marti und Grossrat Cramer, wir haben gar kein Problem. Ich muss die Zahlen nicht nochmals wiederholen, die Grossrat Kunz erwähnt hat. Wir haben eine freiwillige Erneuerungsquote von 27 bis 42 Prozent die letzten drei Mal bei den Gesamterneuerungswahlen. Und von daher ist wirklich die Frage: Wieso müssen wir etwas regeln, wo gar kein Problem besteht? Und es ist tatsächlich auch so, die Regierung hat es sehr gerne, wenn es Parlamentarier gibt, die auch eine Langfristbeobachtung und eine lange Erfahrung haben. Es gibt auch interessantere Diskussionen, wenn jemand auch einen etwas langfristigeren Überblick hat, was im Rat so alles geschehen ist in den letzten Jahren und eben Jahrzehnten. Und Grossrat Cantieni hat am Schluss gesagt, es gibt die Möglichkeit auch der parteiinternen Regelungen. Das ist sicher auch ein interessanter Ansatz, den es zu verfolgen gilt innerhalb der Parteien. Die Regierung bleibt bei ihrer Meinung, dieser Vorstoss sollte nicht überwiesen werden. Aber es ist Ihre Entscheidung, und Sie fällen diesen. Und dann käme es zu einer Volksabstimmung, denn es müsste die Kantonsverfassung dementsprechend angepasst werden.

Standesvizepräsident Della Vedova: Grossrat Hohl, möchten Sie nochmals das Wort, bevor wir zur Abstimmung kommen?

Hohl: Gerne. Erlauben Sie mir noch zwei Anmerkungen. Erstens zum Problem, das nicht existiert. Wie oft höre ich, dass wir politische Nachwuchsprobleme haben. Das Problem existiert, wird aber negiert, leider. Und zweitens zum Know-how des Parlamentes, ich habe mich sehr über das Lob von Grossratskollege Urs Marti gefreut natürlich, dass ich so erfahren war im Gemeinderat. Zu Ihrer Kenntnis: Ich war acht Jahre im Churer Gemeinderat. Es hat mir eine sehr langjährige Perspektive gegeben. Ich denke, Kenntnisse und Wichtigkeit für ein Parlament ergeben sich nicht aus der Anzahl Dienstjahre, sondern aus Engagement und Leidenschaft.

Standesvizepräsident Della Vedova: Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Regierungspräsident? Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer den Auftrag Hohl überweisen möchte, soll bitte aufstehen. Wer den Auftrag Hohl ablehnen und der Regierung folgen möchte, soll bitte aufstehen. Wer sich enthalten will, soll bitte aufstehen. Sie haben den Auftrag Hohl mit 48 Ja-Stimmen bei 68 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss

Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrags mit 48 zu 68 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

Standesvizepräsident Della Vedova: Wir kommen zum Auftrag von Grossrat Wilhelm mit dem Titel Green Deal für Graubünden: Klimaschutz als Chance nutzen. Auch bei diesem Vorstoss wird Regierungspräsident Jon Domenic Parolini für die Regierung sprechen. Die Regierung beantragt, den vorliegenden Auftrag abzuändern. Dadurch entsteht auch hier automatisch Diskussion. Grossrat Wilhelm, Sie haben das Wort.

Auftrag Wilhelm betreffend Green Deal für Graubünden: Klimaschutz als Chance nutzen (Wortlaut Februarprotokoll 2019, S. 677)

Antwort der Regierung

Die von der Regierung 2015 beschlossene Klimastrategie geniesst wegen ihres konzeptionellen Aufbaus und wegen der gut funktionierenden Zusammenarbeit breite Anerkennung. Sie umfasst total zehn Handlungsschwerpunkte: zwei zum Klimaschutz und acht zur Klimaanpassung. Deren Bearbeitung erfolgt bis auf zwei separate Entwicklungsschwerpunkte im Regierungsprogramm 2017–20 innerhalb des Finanzplanrahmens der zuständigen Departemente und Dienststellen. Die Regierung begrüsst den Auftrag Wilhelm, weil er den bisherigen Weg der Klimastrategie bestärkt. Eine Umsetzung des Auftrags müsste innerhalb der bereits mit der Klimastrategie geschaffenen Strukturen und Abläufe sowie mit einer Erweiterung des Finanzplanrahmens und Anpassung

der gesetzlichen Grundlagen erfolgen. Die Regierung ist bereit, den Auftrag entgegenzunehmen, wobei folgende Aspekte zu berücksichtigen sind:

- Ein Aktionsplan «Green Deal für Graubünden» muss beide Bereiche, d. h. den Klimaschutz und auch die Klimaanpassung, abdecken.
- Beim Klimaschutz steht die signifikante, nachhaltige Senkung des Verbrauchs an fossilen Treib- und Brennstoffen durch Steigerung der Energieeffizienz und durch den Einsatz von erneuerbaren Energien im Zentrum. Beim privaten Verkehr, der Industrie und der Landwirtschaft muss primär der Bund aktiv werden. Beim Gebäudepark und beim öffentlichen Verkehr kann der Kanton im Rahmen seiner Kompetenzen selber handeln. Dabei gilt es, bestehende Potenziale zu nutzen. Die Technologien und Anlagen dazu sind vorhanden. Die gesetzlichen, planerischen und finanziellen Voraussetzungen fehlen teilweise oder sind anzupassen. Die Regierung ist bereit, diesen Defiziten mit einem revidierten Energiegesetz, welches beispielsweise die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich umsetzt, und der Förderung des öffentlichen Verkehrs, beispielsweise für «Retica 30+», sowie mit einer kantonalen Energierichtplanung zur Nutzung bestehender Energiepotenziale zu begegnen. Dazu braucht sie jedoch die breite politische Unterstützung über alle Parteigrenzen hinaus.
- Der Klimaschutz bedarf unbestrittenermassen hoher Basisinvestitionen, fördert aber im Gegenzug unsere Innovationsfähigkeit in gewissen Bereichen und kann nach einer Transformationsphase die Wertschöpfung im eigenen Lande erhöhen. Zudem haben Massnahmen der Klimaanpassung auch Auswirkungen auf Arbeitsplätze, beispielsweise in der Baubranche durch Investitionen in Schutzbauten und Bauten zur Sicherstellung der Wasser- und Löschwasserversorgung. Auch in der Tourismuswirtschaft kann vermehrt Bewegung aufgrund touristischer Angebote ausserhalb des schneeabhängigen Wintertourismus entstehen.
- Die investierten Mittel im Klimaschutz und in der Klimaanpassung sollen ein möglichst gutes Kosten-Wirkungs-Verhältnis haben. Die Beurteilung, ob und wo Zusatzmittel für Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung eingesetzt werden, hat nach diesem Grundsatz zu erfolgen.
- Massnahmen sollen im Rahmen der Handlungsschwerpunkte der Klimastrategie von der Verwaltung lanciert werden. Soweit für die konzeptionelle Ausarbeitung und Umsetzung der Massnahmen zusätzliche Mittel benötigt werden, können diese gestützt auf die Entwicklungsschwerpunkte zur Verfügung gestellt werden.
- Unter dem Titel «Green Deal für Graubünden» sollen Technologien und Massnahmen von Unternehmen zur Treibhausgasreduktion bzw. für Klimaanpassungsleistungen gezielt gefördert werden können. Um dies zu ermöglichen, bedarf es allenfalls Anpassungen bestehender kantonalen Gesetze. Die Regierung ist bereit, entsprechende Anpassungen zu prüfen und bei Bedarf vorzulegen.

- Es ist eine aktive Rolle der Gemeinden gefragt, um im Gebäudepark den Energieverbrauch zu senken und erneuerbare Quellen zur Energieversorgung flächendeckend einzusetzen. Die Regierung ist bereit, die dafür notwendigen Grundlagen (Musterbaugesetz, Planungsinstrumente) bereitzustellen.

Für die Umsetzung eines griffigen Aktionsplans ist mit einmaligen Investitionen von 15 bis 26 Mio. Franken und mit jährlich wiederkehrenden Kosten von 20 bis 50 Mio. Franken für Bund, Kanton und Gemeinden zu rechnen. Die für den Kanton resultierenden Mehrkosten sind in der Finanzplanung nicht enthalten.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den Auftrag wie folgt abzuändern:

Die Regierung legt dem Grossen Rat einen umfassenden Aktionsplan «Green Deal für Graubünden» vor, der konkrete und wirksame Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung inklusive Finanzierungsplan und notwendige Anpassungen von gesetzlichen Grundlagen enthält.

Wilhelm: Besten Dank. Nossa chesa es in flammas. La nostra casa è in fiamme. Unser Haus steht in Flammen. Die 16 Jahre junge Greta Thunberg traf mit diesem, ihrem ersten Satz an ihrer Rede im Januar in Davos den Nagel auf den Kopf. Weltweit sind die Folgen der Klimaüberhitzung bereits heute unübersehbar. Wir müssen dafür nicht weit gehen. Am gestrigen Fraktionsabend besuchte die SP-Fraktion das, was vom Morteratschgletscher heute übrig ist. Wenn wir heute über einen Green Deal für Graubünden reden, dann reden wir mitten in einer grossen globalen Debatte mit, eine Debatte, die jetzt viel zu lange schon dauert, und die nun im letzten Jahr die Forschungslabors, die Plenar- und Sitzungszimmer verlassen hat, weil sie nämlich aus der Mitte der Gesellschaft, oder besser gesagt, von der Zukunft unserer Gesellschaft, von den Schülerinnen und Schülern, den Lernenden und Studierenden und mittlerweile ganz weiten Teilen der Gesellschaft neu und ganzheitlich lanciert wurde. Vielleicht werden einzelne von Ihnen hier im Saal heute sagen, dass der Klimaschutz nun halt im Trend liege. Und ja, das ist er. Und das ist auch gut so, denn es gibt einen einfachen Grund dafür. Es ist nämlich fünf vor zwölf, und zwar nicht fünf Minuten, sondern viel eher fünf Sekunden. Nach Jahrzehnten der wissenschaftlichen Forschung und Warnung ist viel zu wenig passiert. Wir aber, und die Schülerinnen und Schüler, die jetzt sich äussern, sind die neue Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise zu spüren bekommen, und zwar heute schon und in Zukunft noch viel mehr, wenn es uns nicht gelingt, die Klimaüberhitzung rechtzeitig zu stoppen. Und rechtzeitig, das heisst mittlerweile ganz einfach: sofort. Und das gelingt nur, wenn jetzt auf allen Ebenen der Klimaschutz intensiviert wird, denn die internationalen Klimaziele, sie setzen sich nicht von alleine um, nur, weil sie jetzt auf Papier stehen. Wir erreichen sie nur dann, wenn alle ihren Beitrag leisten, um die Treibhausgasemissionen eben runterzubringen. Und alle, das heisst, jede und jeder Einzelne, aber auch die internationale Gemeinschaft, der Bund, die Gemeinden und eben auch unser Kanton, der von den Auswirkungen der Klimaüberhitzung besonders betroffen ist.

Und genau diesen Beitrag leisten und dabei die entsprechenden Chancen nutzen wollen wir mit dem Green Deal für Graubünden. Ich nenne zwei von vielen Beispielen, was wir tun können. Zunächst mal sind wir doch der Sonnenkanton der Schweiz. Nutzen wir das. Klug eingesetzt, sind PV-Anlagen im Berggebietswinter nämlich viel effizienter als unter der winterlichen Nebeldecke im Mittelland. Nutzen wir deswegen neben dem Wasser noch viel mehr die Sonne und auch andere erneuerbare Quellen wie Holz oder Biomasse, um fossile Energieträger zu ersetzen. Dass wir in Graubünden die Kraft der Sonne klug und innovativ nutzen können, das zeigt ein Beispiel in unserer Hauptstadt exemplarisch. In Chur nämlich steht das weltweit erste Solarfaltdach mit dem Namen HORIZON über der ARA. Es zeigt, wie die Sonnenenergie landschaftsschonend in besiedeltem Gebiet klug genutzt werden kann. Und die klugen Köpfe hinter HORIZON, die arbeiten in einer Bündner Firma. Also: Wir haben Sonne, wir haben Grips, nutzen wir beides mehr. Und zweitens können und müssen wir auch dafür sorgen, dass wir weniger Energie verbrauchen. Wir haben eine vergleichsweise lange kalte Jahreszeit und benötigen dadurch relativ viel Energie zum Heizen. Zwei Drittel der Bündner Wohngebäude stammen aus der Zeit vor dem Baujahr 1980. Viele davon sind regelrechte Schleudern fossiler Energie. Sorgen wir dafür, dass wir weniger, und wenn, dann sauber heizen, indem wir die zahlreichen alten Gebäude energetisch sinnvoll sanieren, gut isolieren und mit CO₂-freier Wärmetechnik ausstatten, denn wir wissen längst, wie das geht. Wir können Häuser bauen, die mehr Energie produzieren, als sie verbrauchen. Wir müssen nur dafür sorgen, dass es passiert, und dass es schnellstmöglich passiert.

Direkt vor unserer Nase, besser gesagt hinter mir, steht übrigens auch ein Beispiel, wie auch doch luxuriöser touristischer Komfort klimaschonend realisiert werden kann. Das Hotel auf der anderen Strassenseite wirbt heute sogar aktiv mit seiner Erdwärmegewinnung. Es ist die erste in der Schweiz, die durch Granit über 1,3 Kilometer weit ins Erdinnere gebohrt wurde, um die dortige Wärme zu nutzen, um heute die Hallenbad-Wellness-Zone und Teile der Hotelanlage zu beheizen und dadurch jährlich 80 000 Liter Heizöl und damit 210 Tonnen CO₂-Ausstoss pro Jahr einzusparen. Und wenn wir genau solche Potenziale nutzen, wenn wir erneuerbare Energien und Innovationen wie das Solarfaltdach fördern und die Gebäudesanierungen und -umrüstungen beschleunigen, dann tragen wir nicht nur zu einem dringend notwendigen, wirksamen Klimaschutz bei, sondern wir schaffen darüber hinaus auch neue Perspektiven in unserem Kanton, nämlich, indem wir gute Arbeitsplätze erhalten und schaffen. Ich danke daher der Regierung, dass sie dieses Potenzial auch erkennt und den Vorstoss in ergänzter und leicht abgeänderter Form entgegennehmen will und neben Klimaschutz auch die Klimaanpassungsmassnahmen berücksichtigen will. Im Fokus steht, das ist mir wichtig, die signifikante nachhaltige Senkung des Verbrauchs an fossilen Treib- und Brennstoffen durch Steigerung der Energieeffizienz und durch den Einsatz von erneuerbaren Energien. Das Know-how dazu, das haben wir in der Klimastrategie. Die Organisationsform haben wir im Klimasekretariat. Nun braucht es lediglich die

Umsetzung. Dazu braucht es Gesetze, dazu braucht es Investitionen. Dazu braucht es eben, kurz gesagt nun, uns, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es braucht jetzt die Unterstützung des Bündner Grossen Rates. Wir können heute ein deutliches Bekenntnis mit Signalwirkung dazu abgeben, dass Graubünden beim Klimaschutz vorwärts machen und die Chancen der Energiewende nutzen will. Die jungen Menschen auf der Strasse beeindrucken mich. Sie interessieren sich dafür, was wir hier heute entscheiden werden. Und ich empfinde es so, dass es zum ersten Mal seit langer Zeit ist, dass ein so grosser Teil junger Menschen wieder zum politischen Betrieb aufschaut, mit Hoffnung, mit Erwartung. Diese Menschen zählen auf uns, lassen wir sie nicht im Stich. Sagen wir ja zu ihrer Zukunft, ja zu einem saubereren Klima, zu Arbeitsplätzen, zum Green Deal, so wie ihn die Regierung entgegennehmen will.

Alig: Vor gut 40 Jahren behaupteten weltweit bekannte und unbekanntere Experten, oder besser gesagt Möchtegernexperten und Wissenschaftler aller Art, dass nach Maximum fünf Jahren keine Bäume mehr vorhanden sein werden, ich wiederhole: Kein Baum mehr vorhanden sein wird. Es wurde dies übrigens genau wie heute, eine Weltuntergangsstimmung auf der ganzen Erdkugel wiederholt hinausposaunt und in allen zur Verfügung stehenden Medien und Broschüren verbreitet. Ja, und ob Sie es nun mir glauben oder nicht, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen: Es wurde sogar von einer nahenden Eiszeit fantasiert, da die Temperatur der Sonne durch die ständigen Explosionen und Erosionen der Sonnenoberfläche abnehme und langsam aber sicher erlöschen werde. Und ich als feinfühler, junger, sensibler und eingeschüchterter Bursche habe diesen Quatsch auch damals noch geglaubt und sogar noch die Sonntagsverbote befolgt. *Heiterkeit.* Nun, 40 Jahre später, sehe ich im Gegensatz zu damals praktisch kein hochauflösendes Farbfoto mehr von kranken Bäumen. Das Thema ist im Bewusstsein, dass die Waldfläche seither ständig zugenommen hat und heute die schönsten, gesündesten und grössten Bäume entlang der Autobahnen wachsen, aus dem Alltag praktisch verschwunden. Die über alles erhabenen damaligen hochdekorierten und mit Preisen überhäuften Experten und Wissenschaftler von damals sind einfach untergetaucht, respektive verschwunden oder eben ausgestorben. Ich habe mir damals geschworen, dass ich solchen Expertenblödsinn nie mehr in meinem Leben ernst nehmen werde. Und das ist bei mir bis heute so geblieben. Die Gletscher schmelzen seit bereits 4000 Jahren, also lange vor unserer industriellen Zeit. Wenn nun die Zeit anbrechen würde, dass die Gletscher effektiv wieder wachsen würden, so würden wir wegen fehlenden Lebensmitteln in unseren Breitengraden schlichtweg verhungern. Ein Beispiel, was passiert, wenn die durchschnittliche Temperatur um einige Grade zurückgeht, hat das Ereignis 1815 beim Vulkanausbruch Tambora auf der Insel Sumbawa gezeigt. Der folgende Temperaturrückgang hatte mehrere Hungerjahre mit vielen hundert Toten in ganz Europa zur Folge. Die ständige Behauptung, dass die Gletscher immer schneller schmelzen, stimmt natürlich. Dagegen ist nichts einzuwenden. Als ehemaliger Kältemonteur weiss ich aber,

dass, je kleiner die Eismenge im gleichen Raum vorhanden ist, der Schmelzprozess dementsprechend beschleunigt wird. Bei gleicher Temperaturzufuhr steigt die Wärme im Raum bei abnehmendem Eis, ein ganz normales physikalisches Gesetz. Also, wie bereits erwähnt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, seit den massiven Desinformationen und Expertenlügen der 80er Jahre heute nicht mehr an die Weltuntergangstheorien à la Uriella, aufgestellt von sogenannten Experten und Besserwissern, die von der Zukunft ungefähr so viel Ahnung haben wie ich, nämlich gar keine. Wie soll das Klima hunderte von Jahren vorausgesagt werden, wenn man nicht einmal in der Lage ist, das Wetter von übermorgen richtig vorausszusagen?

Kollege Wilhelm, noch kurz zu den Klimademonstrationen: Unsere für die Zukunft so sich sorgenden Jugendlichen, es freut natürlich auch mich, wenn die Jugend sich für die Politik interessiert und sich für die Zukunft sorgt. Wenn ich jedoch den Lebensstandard dieser aktuell demonstrierenden Jugend betrachte, in allen Bereichen, ohne Ausnahme, Konsum auf höchstem, noch nie dagewesenen Standard, ohne irgendeinen Verzicht und wenn ich die Open-Air-Plätze am Tag danach betrachte, wo riesige Abfallmengen am Boden herumliegen, darunter hunderte von zurückgelassenen, völlig intakten Zelten und Schlafsäcken, Plastikmüll in allen erdenklichen Formen, so weit das Auge reicht, so muss ich leider feststellen, dass diese Klimademonstrationen eben derselben Jugendlichen nicht glaubwürdig sind. Ja, sogar nach den Klimademonstrationen müssen die Putzéquipen ausrücken, um den von den klimasorgenden Jugendlichen zurückgelassenen Müll einzusammeln und zu entsorgen. Ich glaube eher, dass diese Jugend für die bevorstehenden Herbstwahlen instrumentalisiert und missbraucht wurde und wird. Ich mag dieses leidige alle vier Jahre wiederholende Gejammer nun wirklich nicht mehr hören. Das hat mit Sachpolitik rein gar nichts zu tun. Dies ist eine reine Wahlpropaganda. Wasser predigen und Wein trinken, die anderen sollen bitte verzichten, nicht ich. Ein solches Verhalten sollte eigentlich strafbar sein.

Für rechte und realistische und für unser Gewerbe auch tragbare Massnahmen zur Reduktion von Schadstoffen bin ich auch zu haben. Beim Auftrag Blumental, eingereicht im Oktober 2015, war ich nämlich der Zweitunterzeichner. Dieser Auftrag wollte eine Reduktion der Energieverluste im Gebäudebereich, wie Sie bereits erwähnt haben, vor allem mit der Förderung von Gebäudesanierungen, in Richtung richtig isolieren erreichen. Mit den damals im Auftrag vorgeschlagenen Massnahmen hätte mittel- bis längerfristig 80 Prozent der Energieverluste im Gebäudebereich eliminiert werden können, und somit automatisch verbunden hätten wir auch eine massive Reduktion von CO₂. Dieser Auftrag wurde vom Parlament abgeschmettert. Zum Teil stimmten einzelne Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die den Auftrag Wilhelm unterzeichnet haben, damals gegen die Überweisung des Auftrags Blumental und scherten sich damals bewusst oder unbewusst keinen Deut um eine CO₂-Reduktion, irgendwie für mich oberkomisch. Pech gehabt, es war eben kein Wahljahr. Ich habe damals eine Liste derer erstellt, die gegen den Auftrag

Blumental das Wort ergriffen haben und somit auch gegen eine CO₂-Reduktion waren. Momentan verzichte ich darauf, die Namen bekanntzugeben, respektive momentan verzichte ich, diese Fahnen Schwinger zu benennen. Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen, es tut mir leid, ich kann dieser aktuellen Klimahysterie beim besten Willen nichts abgewinnen. Ich bin gegen eine Politik solcher Schnellschüsse, die nicht der Sache, sondern einzig und allein den bevorstehenden nationalen Wahlen dienen sollen. Gespannt bin ich allerdings dann bei der Revision des Energiegesetzes. Gespannt, welchen Slalomhang einzelne Parlamentarierinnen und Parlamentarier dann fahren werden.

Niggli (Samedan): Sie können sich entspannen, ich werde etwas gemässiger auftreten, aber ungefähr in die gleiche Richtung, aber gemässiger. Ich habe den Auftrag nicht unterschrieben und nicht, weil ich gegen Klimawandel bin oder das nicht unterstützen kann, sondern auch von Seiten meines Berufes unterstütze ich solche Massnahmen sehr. Aber es muss nicht sofort und auf der Stelle umgesetzt werden. Ich habe mich auch in den Medien vorbereitet. Ich habe die Südostschweiz abonniert und auch das Tagblatt und habe es gestern gelesen und ich lese immer Beiträge über Klimawandel und bin dann auf ein interessantes Inserat gestossen. Die Südostschweiz organisiert eine Kreuzfahrt vom 21. bis am 28. September 2019 auf einem grossen Schiff. Startet in Genua, Ibiza, Neapel usw. Es sind prominente Leute an Bord, Francine Jordi usw. Und es steht auch zu lesen, es sei sofort zu buchen und die besten Kabinenplätze seien schon ausgebucht. Und das hat mich eigentlich beruhigt und ich bin dann zum Schluss gekommen, dass auch die Medienwelt noch nicht genau weiss, wo die Reise hingeht.

Klimaschutzpolitik ist aktuell sehr populär und hat womöglich auch mit den anstehenden nationalen Wahlen bereits etwas zu tun. Das wurde auch gesagt. Zweifels- ohne: Der Klimawandel gehört zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Schweiz Tourismus hat sich im Rahmen einer Projektgruppe eingehend mit der Thematik befasst. Im Bericht 2030 der Schweizer Tourismus im Klimawandel werden die Grundlagen, die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, Chancen und Risiken, das Commitment für den Schweizer Tourismus, Verminderungsstrategien und Anpassungsstrategien sowie ein Aktionsplan vorgestellt. Wenn man sich diesen Bericht zu Gemüte führt, so erkennt man schnell, dass eine aktive Klimapolitik für einen Tourismuskanton, wie es der Kanton Graubünden ist, sich viele Chancen ergeben, aber auch erhebliche Nachteile nach sich ziehen können. Gerade eine Talschaft, wie das Engadin, wo wir jetzt zu Gast sind, hat eine Vielzahl von Veranstaltungen und Events. Alle Klimaschutzaktivitäten müssen deshalb immer auch den ökologischen und ökonomischen Anforderungen gerecht werden. Deshalb ist gerade hier ein überhasteter Aktivismus nicht angesagt. Sondern vielmehr ein bedachtes und nachhaltiges Vorgehen. Also lassen wir uns hier ein wenig mehr Zeit. Denn ein übereiliges Vorgehen kann schnell zum Bumerang werden. Was machen andere Kantone? Was macht der Bund? Das Büro des Nationalrates hat in der Frühlings-session

die Dringlichkeit von fünf Interpellationen z.B. die Dringlichkeit abgelehnt. Das Berner und ebenso das Basler Kantonsparlament hat die Dringlichkeit der Vorstösse zum Thema Klimaschutz ebenfalls verschoben. Also auch diese Beispiele zeigen, dass man es auch gemächlich angehen kann. Die Regierung soll einen Aktionsplan zur Klimapolitik ausarbeiten. Dieser Meinung bin ich auch. Aber ganz wichtig dabei ist und ich möchte das auch betonen, dass jede Massnahme mit einem Preisschild versehen sein soll. Jede Massnahme soll mit einem Preisschild versehen sein. Die Bevölkerung und auch der Steuerzahler sollen und müssen auch transparent erfahren, welche finanziellen Folgen die geforderten Massnahmen nach sich ziehen. Ich bitte den Auftrag zu überweisen und überweisen Sie im Sinne der Regierung.

Censi: Le iniziative si susseguono: in ambito sportivo, tra la popolazione e non da ultimo in ambito politico. Penso in particolare anche all'incarico Kappeler che discuteremo oggi pomeriggio o domani. Il Cantone dei Grigioni, trovandosi nel cuore delle alpi, sta vivendo da vicino il surriscaldamento climatico. Secondo quanto affermato recentemente da MeteoSvizzera, bisogna tenere presente che l'aumento della temperatura in Svizzera negli ultimi 150 anni è di oltre il doppio rispetto al resto del pianeta. La futura situazione da qui a 50-100 anni prevede periodi estivi più caldi e asciutti, fattori che potrebbero giocare un ruolo importante ad esempio sulla formazione dell'ozono. Per la qualità dell'aria, più che i fattori ambientali, saranno decisivi i comportamenti dell'uomo e i provvedimenti sociali. L'uomo, con le sue attività, deve essere al centro di tutti i cambiamenti. Quale Cantone di montagna, dobbiamo dare un segnale tangibile con un programma definito e agire con misure concrete. Ora è il tempo di farlo.

Locher Benguerel: Wir haben einen Planeten, wir haben eine Chance. Diese Aussage eines Jugendlichen auf einem Plakat am Klimastreik in Chur bringt es auf den Punkt. Alles Globale beginnt im Kleinen. Auch wir in Graubünden sind gefordert. Die Klimaerwärmung ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit und dabei ist der Alpenraum besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Jetzt wende ich mich ganz gezielt auch an Grossratskollege Alig. Dass dies so ist, das belegen Fakten. Und es sind weder Fantasien noch irgendwelche Weltuntergangsszenarien, wenn man beispielsweise sieht, dass der Temperaturanstieg im Alpenraum in den letzten 100 Jahren, und ich meine, das wurde alles gemessen, dass der eins bis zwei Grad Celsius beträgt. Im Kanton Graubünden ist er durchschnittlich 1,4 Grad. Das ist knapp doppelt so viel wie die Temperaturzunahme im globalen Durchschnitt im selben Zeitraum. Dies hat schwerwiegende Folgen, welche nicht nur am Gletscherschwund offensichtlich zu sehen sind. Sondern beispielsweise auch, ich bringe nur zwei Beispiele, beispielsweise beim Rückgang der Artenvielfalt. Bei einer Erwärmung um ein weiteres Grad drohen 50 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten auszusterben. Damit ist unser sensibles Ökosystem gerade in den Alpen, also unsere Lebensgrundlage gefährdet. Können wir

den Temperaturanstieg jedoch um ein halbes Grad reduzieren, bedeutet dies, dass wir die Biodiversität im Alpenraum bewahren können. Und der zweite Punkt betrifft das Auftauen des Permafrostes. Damit nehmen die Naturgefahren, wie Steinschlag, Handrutschungen usw. zu. Das muss ich nicht ausführen. Und Dörfer, Infrastrukturen werden bedroht und damit einer der wichtigsten Wirtschaftszweige unseres Kantons, nämlich der Tourismus. Die Regierung schrieb bereits vor drei Jahren in der Verabschiedung der Klimastrategie, ich zitiere damals aus dem Papier der Regierung: „Der Klimawandel wird sich in seinen Auswirkungen auf Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten verschärfen.“ Und genau hier sind wir jetzt bereits angekommen.

Wir müssen uns jetzt den drohenden Folgen des Klimawandels stellen. Auffallend in der Klimastrategie des Kantons ist, dass nur zwei Handlungsschwerpunkte im Bereich des Klimaschutzes definiert werden, jedoch acht Massnahmen zur Anpassung an die drohenden Risiken der Erderwärmung. Das zeigt, dass wir im Bereich der Anpassungen genauer wissen, was zu tun ist, während wir im Bereich des Klimaschutzes noch grossen Bedarf haben. Genau deshalb ist der Ansatz in der Antwort der Regierung zu begrüßen, wonach ein erfolgreicher Klimaschutz die Technologien und Massnahmen zur Treibhausreduktion ganz gezielt gefördert und ausgebaut werden müssen. Beim Studium der Klimastrategie Graubünden wird weiter klar, dass Klimapolitik mit sehr vielen Sektoralpolitiken verbunden ist. Dies hat der Regierungspräsident bereits auf die Frage von Grossrat Hug ausgeführt, dass es dieses Klimasekretariat gibt und dieses ist mit 14 verschiedenen Dienststellen involviert und verbunden. Dies veranschaulicht, dass es eben eine Verbundaufgabe ist. Ein Schwerpunkt, zu dem wir dann als Grossrätinnen und Grossräte in Bälde Stellung nehmen können, ist die Energiepolitik. Da steht eine wegweisende Gesetzesrevision an. Zum Schluss zitiere ich die Regierung aus ihrer Broschüre, Klima in Graubünden. Das Zitat lautet: «Quo vadis. Taten statt Worte im Umgang mit dem Klimawandel.» Also lasst es uns jetzt gemeinsam anpacken. Lasst uns Verantwortung für die Zukunft übernehmen und bitte überweisen Sie den Auftrag Wilhelm.

Deplazes (Chur): Der Auftrag von Grossrat Wilhelm thematisiert das aktuell weltweit am meisten diskutierte Thema die Klimakatastrophe. Der Klimawandel wird die Alpen, also auch Graubünden, mehr treffen als andere Regionen in der Schweiz. Darum ist es auch richtig und wichtig, dass Graubünden einen grösseren Effort unternehmen muss, als andere Kantone. Es freut mich, dass der Regierungsrat bereit ist, den Auftrag zu übernehmen. Wir alle können und müssen den Klimawandel bekämpfen. Die vom Regierungsrat bereitgestellten finanziellen Mittel sind nach meiner Meinung knapp genügend. Ich hoffe, dass im Laufe des Aktionsplans die finanziellen Mittel noch aufgestockt werden. Der Regierungsrat hatte die Priorität, also die Wichtigkeit dieser Frage gestrichen. Dies halte ich für keine gute Idee. Seit den 80er-Jahren ist bekannt, dass sich das Klima verändert. Bis heute wurden aber nur Massnahmen ergriffen, die fast

niemandem wehtun. Die Revision des Energiegesetzes, welche wir gemäss Arbeitsprogramm in der Februarsession behandeln werden, wird zeigen, ob der Grosse Rat es ernst meint mit effektiven Massnahmen gegen den Klimawandel. Ich hoffe, dass alle, welche den Auftrag Wilhelm unterschrieben haben, eine griffige und zukunftsweisende Revision des Energiegesetzes unterstützen werden. Die Vernehmlassung zur Revision ist sehr negativ ausgefallen. Der Hauseigentümergebiet, Suissetec Grischun und weitere Verbände lehnen alle Punkte der Revision ab. Jetzt muss das Zeitalter der Decarbonisierung beginnen. Wir müssen die CO₂-produzierenden Brenn- und Treibstoffe reduzieren und nicht fördern. Die IBC Chur machte noch letzten Monat Reklame für einen Umstieg auf Gasheizung mit einem Sparbonus von 1000 Franken. Ist der Klimawandel bei der IBC noch nicht angekommen? Der Ausbau des Fernwärmenetzes wäre klimafreundlicher. Unsere Kinder und Enkel werden vom Klimawandel am meisten betroffen werden. Deswegen will ich noch einen kurzen Textteil eines Jugendlichen, von Mauro Hermann, vorlesen, welcher anlässlich des Klimastreiks vom 16. Februar in Chur vorgetragen wurde. Ich zitiere: „Und als ich dann im vergangenen Dezember vom ersten Klimastreik las, wusste ich, dass wir Umweltis nicht alleine sind mit diesen Gedanken. Schüler, zum Teil zehn Jahre jünger kapierten schon, was hier abgeht und haben eine Bewegung lanciert, die absolut genial ist. Die scheinbare Hoffnungslosigkeit des Individuums wird durch die Masse widerlegt. Wir waren vor zwei Wochen über 60 000 Menschen an der schweizweiten Klimademo und jetzt noch ihr hier. Das soll aber erst der Anfang sein. Wenn wir als Gesellschaft umdenken, können wir das Ganze vom Worst-Case-Szenario abbringen. Aber wie schon Greta Thunberg, Gründerin des Klimastreiks sagt, ich will meine Rede nicht allzu positiv beenden. Denn es gibt eigentlich keinen Grund, Hoffnung zu haben, solange noch nichts passiert ist. Solange das vergangene Jahr einen neuen CO₂-Rekord setzte. Ich finde, jetzt passiert immerhin schon mal was in unseren Köpfen. Aber weil die Zeit so knapp ist, müssen wir das Blatt vor dem Mund wegnehmen. Alle. Sagt euren Freunden, eurer Familie, euren Vereinen, dass unser momentaner Umgang mit dem Klima nicht länger tolerierbar ist. Dass es scheisse ist, Ignoranz zu leben, nur um dem Problem aus dem Weg zu gehen. Keinen einzigen Tag länger, schon gar kein neues Allzeithoch von CO₂ im 2019. Alle müssen darüber reden, ihr eigenes Verhalten ändern, ihr Unternehmen neu ausrichten, ihre Statuten ändern, ihre politische Agenda ändern. Wir stellen die Forderung, netto Null Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030. Wir wollen, dass der Klimanotstand ausgerufen wird. Es geht nicht um links oder rechts, um jung oder alt, um Aktien bei der Credit Suisse oder Spenden bei Greenpeace. Wir unterbinden den Klimawandel für die Menschheit, für alle. Dann sollen auch endlich alle dazu beitragen.“ Geschätzte Grossrätinnen und geschätzte Grossräte, es ist Zeit zum Handeln. Ich bitte euch, den Auftrag Wilhelm, wie der Regierungsrat es vorschlägt, zu überweisen.

Cavegn: Die CVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich den Auftrag betreffend den Green Deal für Graubünden, aber im Sinne der von der Regierung vorgeschlagenen Abänderung, wonach die Regierung dem Grossen Rat einen umfassenden Aktionsplan Green Deal für Graubünden vorlegt, der konkrete und wirksame Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung inklusive Finanzierungsplan und notwendige Anpassungen von gesetzlichen Grundlagen verlangt. Warum machen wir das? Die CVP hat sich in der Klima- und Umweltpolitik seit Jahren stark gemacht. Sie hat namentlich die Energiestrategie 2050 gestützt. Im Lead stand damals bekanntermassen unsere damalige Bundesrätin Doris Leuthard. Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Kindeskiner ist für die CVP als Familienpartei selbstverständlich. Die CVP will letztlich all das erhalten, was unsere nachfolgenden Generationen zum Leben brauchen. Intakte Böden für die Produktion von Lebensmitteln, wohltuende Landschaften für die Erholung, sauberes Trinkwasser, saubere Luft, ein intaktes Klima, Artenvielfalt und vieles mehr. Der weltweite Verbrauch von nicht erneuerbaren Energien und Ressourcen hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Zu den negativen Folgen dieser Entwicklung zählen steigende Rohstoffpreise und globale Umweltprobleme wie eben die Klimaerwärmung. Die Menschheit, d.h. wir verhalten uns so, als ob wir Reserven ohne Enden hätten. Und das gilt natürlich auch für die Schweiz mit einem doch zu grossen ökologischen Fussabdruck. Um die bestehenden Umweltprobleme zu entschärfen, müssen Wirtschaft und Gesellschaft schonender mit den begrenzten Rohstoffen umgehen und der Schlüssel dazu ist eine bessere Ressourceneffizienz. Oder ganz einfach umgangssprachlich gesagt: Mass halten. Und das gilt eben auch für den Kanton Graubünden. Und man kann sich nicht mit dem Hinweis auf den CO₂-Ausstoss von China und den USA und mit einem Hinweis auf die angebliche Irrelevanz im globalen Kontext diese Verantwortung entziehen. Für den Ressourcenverbrauch aus nicht erneuerbaren Energien im Kanton Graubünden ist zu einem Drittel der Verkehr und zu einem weiteren Drittel der Verbrauch bei Gebäuden verantwortlich.

Und die Regierung hat in ihrer Klimastrategie genau dort angesetzt und auch zurecht ausgeführt, dass eine signifikante, nachhaltige Senkung des Verbrauchs an fossilen Treib- und Brennstoffen halt eben dort ansetzen muss, wo auch der grosse Verbrauch stattfindet. Und die Regierung macht in ihrem Vorschlag zu recht auch den Schritt, konkret zu werden und sie soll vom Grossen Rat beauftragt werden, konkrete und wirksame Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung inklusive Finanzierungsplan und inklusive die notwendigen Anpassungen der Gesetze vorzulegen. Soweit die Regierung in ihrer Antwort von einmaligen Investitionen von 15 bis 26 Millionen Franken und jährlich wiederkehrenden Kosten von 20 bis 50 Millionen Franken, aufgeteilt auf Bund, Kanton und Gemeinden spricht, hat sie dann konkret aufzuzeigen, welche Massnahmen wieviel kosten und wer wieviel zu bezahlen hat. Aber klar, es wird kosten und es wird ein Preisschild geben, Grossrat Niggli hat recht. Aber die Ernsthaftigkeit eines Green Deals misst sich eben schon auch daran, ob man auch bereit ist,

das Portemonnaie dafür zu zücken mit dem Ziel, ein möglichst klimaneutrales Graubünden mit einer Win-Win-Situation für die Gesellschaft und die Wirtschaft zu erreichen. Und von selbst und freiwillig, das wissen wir alle, wenn wir ehrlich sind, geht wenig bis gar nichts. Auch wenn es Sache der Regierung sein wird, konkrete Massnahmen vorzuschlagen, möchte ich sechs Punkte kurz skizzieren, was aus meiner Sicht in den Aktionsplan Eingang finden muss. Erstens: Weg von nicht erneuerbaren Energien im Verkehr und hin zu einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Eine markante Angebotsverbesserung mit einem Halbstundentakt überall. Mit der Modernisierung der Rhätischen Bahn, Beispielsweise neue Haltestellen, dort wo viele Arbeitsplätze entstanden sind. Bei der Förderung der E-Mobility, nicht zuletzt auch im öffentlichen Verkehr. Zweitens: Es ist die Förderung des Langsamverkehrs dringend anzugehen, insbesondere auch im Bündner Rheintal, beispielsweise durch ein Velowegnetz Graubünden. Drittens: Förderung der Energieeffizienz durch Gebäudesanierungen, durch Ausschöpfungen des Sparpotenzials und die Steigerung der Energieeffizienz durch Umsetzung entsprechender Vorschriften im Energiebereich und auch durch den Umstieg auf erneuerbare Energien. Viertens: Berücksichtigung und Förderung des Bündner Holzes als einheimischer Rohstoff. Fünftens: Förderung der erneuerbaren Energien, Förderung auch der Stromnetze mit intelligenten Netzen und Verbrauchergemeinschaften. Und sechstens: Förderung der Forschung mit Forschungsschwerpunkten bei der HTW und dem SLF über Zusammenhänge im Bereich Klima, Biodiversität, Naturgefahren und Schutzwald. Auf diese und weitere Vorschläge der Regierung im Rahmen des Aktionsplanes bin ich gespannt. Ich beantrage Ihnen daher die Zustimmung zum Auftrag im Sinne des Vorschlags der Regierung.

Jochum: Protezione del clima quale opportunità? Piano d'azione «Green deal per i Grigioni»? Questi - lasciamelo dire - sono degli slogan bellissimi, corti, incisivi, ma che di per sé non tengono ancora conto della particolarità del nostro Cantone e di quanto già intrapreso e avviato in questo contesto. Lo stesso granconsigliere Wilhelm nomina la strategia climatica del Cantone approvata tre anni fa, comprensiva di misure e obiettivi da raggiungere, ma sembra non tenerne pienamente conto. Im Bereich Klimaschutz bieten sich Chancen, welche es wahrzunehmen gilt. Ich erachte es als sehr wichtig, die Besonderheiten, die Vielfältigkeit unseres Kantons bei dieser Diskussion zu beachten. Wir haben Regionen, in denen z.B. das Angebot im öffentlichen Verkehr bei weitem nicht vergleichbar ist mit dem bereits bestehenden Angebot in den Agglomerationen. Dies nicht mangelnden Willens wegen aber eher aufgrund der topografischen Situation der Einwohnerdichte und anderer Faktoren, die einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs umwelttechnisch und ökonomisch nicht rechtfertigen. Wir müssen aber bedenken, dass gerade in solchen Regionen eine schnelle, unverhältnismässige Verteuerung der Treibstoffe den Todesschuss gewisser Aktivitäten und eine schwerwiegende Benachteiligung bedeuten könnte. Und dies gerade in den schon stark unter Druck stehenden Randregionen, welche aufgrund mangelndem Ange-

bot an öffentlichen Verkehrsmitteln auf den Individualverkehr angewiesen sind. Ich begrüsse daher die Aussage in der Antwort der Regierung, einem möglichst guten Kosten-Wirkungs-Verhältnis besondere Aufmerksamkeit schenken zu wollen. Und dies begrüsse ich sehr. Die regionalen Unterschiede müssen in dieser Betrachtung berücksichtigt werden.

Bezüglich erneuerbarer Energien haben wir im Kanton einige Wasserkraftprojekte, die tief in den Schubladen verschwunden sind. Gäbe es sinnvolle Rahmenbedingungen, könnten diese wieder reaktiviert werden. Diese könnten durchaus eine willkommene Hilfe leisten auch in der aktuellen Diskussion um mangelnden Winterstrom oder um den Ausgleich von Flatterstrom. Einheimische Wasserkraft basiert auf einer bewährten Technologie, ist nachhaltig, bietet Arbeitsplätze und Steuersubstrat. Im Zusammenhang mit dem Entwicklungsschwerpunkt 2411 hat gestern Regierungsrat Cavigelli ausgeführt, dass an der Investitionssicherheit gearbeitet wird. Ich erachte das als einen wichtigen Schritt. Der Aktionsplan soll nachhaltige, wirtschaftsfreundliche, finanzierbare Lösungen aufzeigen, die die Vielfältigkeit unseres Kantons berücksichtigen. Der Finanzplan des Kantons soll auch entsprechende Finanzpositionen vorsehen. Und darüber hinaus ist auf zusätzliche Bürokratie gänzlich zu verzichten. In diesem Sinne kann ich der Überweisung des durch die Regierung abgeänderten Auftrages zustimmen.

Pfäffli: Grossrat Wilhelm hat sein Votum mit den Worten begonnen, wir reden über das Klima, ich glaube, es ist Zeit, zu handeln. Ich möchte drei Kategorien machen, warum ich zu dieser Meinung komme. Erstens: Worten, die gefallen sind oder die gemacht werden, müssen dann auch Taten folgen. Zweiten: Taten die halbherzig sind, verlieren an Akzeptanz. Und drittens: Werden Taten gemacht und wird nicht darüber gesprochen, so fällt er Nachahmungseffekt schwach oder gänzlich weg. Kommen wir zum Wort, dem Taten folgen müssen. Ich war am 24. Mai auch in Chur, als die Klimademonstration stattfand. Ich stand etwas abseits. Ich war beeindruckt vom Engagement der Jungen. Ich habe dann auch so die eine oder andere Person genauer angeschaut. Später auch auf den Bildern, die sie in den sozialen Netzwerken verbreitet haben. Und da ist mir einfach aufgefallen, dass sehr oft Modeartikel im Spiel sind, Schuhe im Spiel sind oder Accessoires im Spiel sind, die von Modemarken stammen, die irgendwo in Rumänien hergestellt werden, in Vietnam hergestellt werden, in Bangladesch hergestellt werden und die einfach nicht sozialverträglich, nicht umweltverträglich und nicht klimaverträglich hergestellt werden. Im Anschluss an diese Klimademonstration hat noch eine kleine Abschlusskundgebung im Bahnhof in Chur stattgefunden. Er war sehr lautstark. Auch da war ich sehr beeindruckt. Ich war dann allerdings ein bisschen konsterniert, als zwei dieser Jugendlichen beim Pronto im Coop zehn Minuten später nach dem Abschluss dieser Kundgebung nicht einen Apfel als Stärkung gekauft haben oder allenfalls eine Banane, sondern eine in Plastik abgepackte geschälte Mango.

Ich glaube, Klimaschutz ist wichtig, aber er muss wehtun, er muss wehtun, wenn er umgesetzt werden soll. Da

bin ich ganz Ihrer Meinung. Ich bin auch sehr angetan darüber, dass die einzelnen Tageszeitungen im Kanton Graubünden wirklich über diese Kundgebungen reden und darüber berichten, auch wohlwollend darüber berichten, weil das ist wichtig, das Engagement muss honoriert werden. Aber auch hier, Grossratskollege Niggli hat es schon angedeutet, da folgen den Worten nicht unbedingt Taten. Weil im September wird tatsächlich eine Kreuzfahrt organisiert und beworben von diesem Verlag, wo man ja genau weiss, dass Kreuzfahrtschiffe heute, was den Schiffsdieselausstoss oder den Schwerölausstoss-Verbrauch betreffen zu den allergrössten Problemen in der Klimadiskussion führen. Ich glaube, hier ich bin sehr dafür, dass die Worte gemacht werden, aber ich glaube, es müssen auch Taten folgen, die dann nachher auch wehtun. Taten dürfen aber auch nicht halbherzig sein. Und wenn ich die Jungen in die Pflicht nehme, dann möchte ich auch meine Partei, die FDP, die Mutterpartei in die Pflicht nehmen. Wenn Vorschläge gemacht werden, dass man zukünftig die Fahrkilometer mit einer CO₂-Abgabe belastet, ist das gut. Wenn man die Flugkilometer nicht belastet, dann finde ich das fragwürdig. Ich mache Ihnen ein Beispiel, weil die Akzeptanz dann eigentlich völlig fehlt. Wenn ein Bergeller beispielsweise nach Samedan fährt, weil er das Spital besuchen muss oder bald den Polizeiposten oder in St. Moritz das Regionalgericht oder das Grundbuchamt, muss er sein Fahrzeug nehmen. Er wird in Zukunft für dieses Benützen klimatechnisch zur Verantwortung gezogen, macht Sinn. Wenn aber beispielsweise jemand aus der Agglomeration Zürich auf den Balearen eine Wohnung kauft und jeweils am Wochenende in diese Wohnung fliegt, um das Wochenende dort zu verbringen und wieder zurückfliegt, wird er hierfür nicht belangt. Wenn das so ist, dann muss ich sagen, dann fehlt die Akzeptanz so einer Massnahme. Entweder werden alle belastet oder niemand. Ich bin dafür, dass alle belastet werden. Es muss wehtun. Und drittens noch: Die Nachahmung. Die SP hat relativ wortstark ihr Engagement in dieser Sache kundgetan, die CVP ebenfalls. In den FDP-Reihen waren einige andere Voten zu hören.

Ich möchte hier einfach zwei, drei Beispiele erwähnen. Der erste und meines Erachtens nach einzige Standespräsident vom Kanton Graubünden, der konsequent auf ÖV gesetzt hat und die Termine wahrgenommen hat, war ein Mitglied der FDP-Fraktion. Im Oberengadin, Sie haben die Gletscherzungen vom Morteratsch-Gletscher angesprochen, da sind FDP-Exponenten sehr stark und länger mit der Klimaverantwortung unterwegs. Vor anderthalb Jahren wurde ein Busfahrplan ins Leben gerufen, der die Talstationen der Bergbahnen im Zehn-Minuten-Takt anfährt. Der Individualverkehr wurde durch das um 15 Prozent gesenkt. St. Moritz hat ein Pionierprojekt, das ist der Seewasserwärmeverbund. Es ist ein freisinniges Projekt, ein freisinnig geprägtes Projekt. 680 000 Liter Öl, Heizöl werden jährlich durch dieses Projekt gespart. In drei Jahren werden wir die Millionengrenze überschreiten. St. Moritz ist eine Energiestadt und steht ganz kurz vor dem Reaudit zum Goldlevel. Freisinnige prägen dieses Projekt und das schon seit über viele Jahre. Und mit der Elektromobilität setzt sich eine Motion auseinander und konfrontiert und fordert den Gemeindevorstand

sehr stark. Sie wurde vor drei Jahren eingereicht und es wurde von der freisinnigen Fraktion eingereicht. Die Nachhaltigkeitseffekte sind hier einfach nicht nachhaltig gegeben, weil sie etwas kosten. Da bin ich Ihrer Meinung. Und da stelle ich wirklich fest, dass die Eigenverantwortung und die Selbstbestimmung hier, das sind Werte, die Sie wissen, die ich sehr stark hochhalte, wirklich an ihre Grenzen stossen. Das aufgrund der Tatsache, dass einfach die Trittbrettfahrer zu häufig auftreten. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir handeln. Ich glaube, es ist die Zeit, dass wir wirklich den Worten auch Taten folgen lassen. Ich stehe dafür ein und ich bin deshalb für Überweisung des Auftrags im Sinne der Regierung. Machen wir jetzt endlich einmal was.

Märchy-Caduff: Die Besorgnis über die Klimaerwärmung und den Klimaschutz hat in den vergangenen Monaten viele Jugendliche auf die Strassen gebracht. Mit ihren eindrucklichen Kundgebungen zeigen sie Initiative, Engagement, Betroffenheit und Gestaltungswille, auch wenn wir gerade von meinem Vorredner gehört haben, dass nicht alles so schön glänzt wie es ist. Mit Unterstützung des vorliegenden Auftrags Wilhelm zeigen viele Grossrätinnen und Grossräte, dass auch in Graubünden grössere Anstrengungen betreffend Klimastrategie unternommen werden müssen. Mit der positiven Antwort setzt auch die Regierung ein klares Zeichen für den Klimaschutz. Ich erachte es als sehr wichtig, dass der Klimaschutz auf den verschiedensten Ebenen in der Wirtschaft, Politik, Gemeinde, Kanton, Schule aber auch im Elternhaus thematisiert wird, dass gehandelt wird und nicht nur heute und morgen, sondern langfristig. Dass schon Schulkinder vom Kindergarten über die Primarschule bis zur Oberstufe für die Thematik Klima und Umweltschutz und auch Energiefragen sensibilisiert werden können, zeigte der kürzlich in Domat/Ems durchgeführte Energietag eindrucklich auf. Mit Feuereifer wurde experimentiert, geforscht, verschiedene Anlagen wie z.B. eine Kläranlage oder die Deponie wurde besucht. Im Zusammenhang mit dem Energiestadtlabel finden diese Energietage in Domat/Ems jährlich statt. Das ist nachhaltig. Mit diesen Aktivitäten kann man also auch die jüngste Generation ins Boot Klimaschutz holen. Man kann sie dafür sensibilisieren. Der Umweltunterricht in der Schule trägt dazu bei, dass die Schülerinnen und Schüler jeder Stufe altersgemässe Zusammenhänge verstehen und gemäss ihren Möglichkeiten lernen, verantwortungsbewusst zu handeln. Sie erfahren, dass sie selber der Umwelt Sorge tragen können. Mit meinem Votum möchte ich einerseits anregen, dass wir alle in unserem Umfeld und in unseren Tätigkeiten Gemeindebehörden, Schulträgerschaften und Familien die eigenen Handlungsmöglichkeiten überprüfen und wenn nötig und möglich auch ändern. Andererseits fordere ich die Verantwortlichen Regierungspräsident Parolini auf, dass man auch im Bereich Bildung das Thema Klimaschutz aufgreift, in die Schulen trägt und mögliche Weiterbildungen anbietet für die Lehrpersonen, Lehrmittel überprüft und auch weiterempfiehlt. Wir können alle etwas tun. Bitte unterstützen Sie den vorliegenden Auftrag im Sinne der Regierung.

Kohler: Es scheint mir fast ein Wink mit dem Zaunpfahl zu sein, dass wir hier in Pontresina in der Landsession über Green Deal debattieren. Denn genau die Gemeinde Pontresina, mein Kollege Gemeindepräsident könnte da vielleicht noch genauer Auskunft geben, hat vielfältige Herausforderungen mit Naturgefahren gesammelt und diese auch bewältigen müssen. Das vor der eigenen Haustüre. Früher hat man Schutz- oder Trockensteinmauern gegen Lawinen gebaut. Die wurden dann abgelöst durch traditionelle Lawinenverbauungen aus Stahl und Beton. Und neuerdings muss sich Pontresina auch schützen gegen die herausfordernden Aufgaben, den auftauenden Permafrost. Entstanden ist zuletzt dieser Schutzdamm Giandains. Der hat Kosten von 7,5 Millionen Franken zur Folge. Grossrat Alig, ich schätze Sie sehr. Wenn Ihr Haus aber im Einzug dieses Murgangs liegen würde, kämen Sie vielleicht dezidiert zu einer differenzierteren Meinung. Oder die anderen Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Kosten ansprechen. Ich glaube, auch hier heisst es, nur nichts tun kostet auch. Wir können also diese Naturgefahren mit umfassenden teuren Infrastrukturbauten bewältigen. Pontresina macht das mit sehr gutem Ruf und ist also auch Pionier im Umgang mit Permafrost. Reicht das? Ich führe hier aus, dass wir parallel zu diesen Schutzmassnahmen auch den Klimaschutz aufgreifen können. Die Eckpunkte der Klimastrategie muss ich hier nicht erwähnen. Energiestrategie 2050. Wir können sagen, wir haben jetzt sehr viel Zeit gebraucht, also wir brauchen nicht noch mehr Zeit. Wir müssen diese Massnahmen umsetzen, Reduktion des CO₂-Ausstosses, Verbesserung der Energieeffizienz und die Nutzung der Potenziale. Ich fokussiere mich noch ganz kurz auf diese letzte Massnahme, die Potenzialnutzung. Ich greife exemplarisch auf meine Gemeinde zurück. In Domat/Ems haben wir in den letzten Jahren ein Energienetz aufgebaut. Das heisst, wir nutzen die industrielle Abwärme der Betriebe und leiten diese in einem lokalen Netz in die Dorfzone. Ich bringe es auf den Punkt. Gemäss Businessplan können wir in den nächsten zehn Jahren 3,5 Millionen Liter Erdöl einsparen. Das sind 3,5 Millionen Liter Erdöl, die nicht verbrannt werden. Parallel dazu hat es einen positiven Nebeneffekt. Natürlich wird dieses Erdöl auch nicht verbrannt und durch das wird auch eine Reduktion des CO₂-Ausstosses in der Atmosphäre bewirkt von 11 000 Tonnen. Ich möchte hier also keine ideologische Diskussion führen. Ich möchte nicht sagen, wann ist es richtig und wann ist es falsch. Ich möchte einfach den Hinweis anbringen, dass wir z.B. im Rheintal mit den grossen Wärmelieferanten Kehrlichtverbrennungsanlage GEVAG Trimmis, mit der EMS-Chemie AG und mit der Axpo Tegra AG genügend Kapazitäten hätten, diese Region aber auch angrenzende Regionen nachhaltig mit Energie zu versorgen. Wir müssen es einfach anpacken. Packen wir es an und sagen ja zum angepassten Green Deal Graubünden. Denn auch die nächste Generation möchte hier im Engadin in Pontresina tagen.

Florin-Caluori: Ich danke der Regierung, dass sie den Auftrag begrüsst und die Bereitschaft aufzeigt, den Auftrag Green Deal anzunehmen. Anhand der Rückmeldung der Regierung wird aufgezeigt, dass dieses Thema sehr

umfangreich ist bezüglich Klimaschutz und Klimaanpassung und eine grosse Palette von Themen beinhaltet. Wir haben bereits von allen Vorrednerinnen und Vorrednern gehört, wie sie bereits an diesem Thema arbeiten und sich auch bereits intensiv beschäftigen. Und trotzdem wissen wir alle, dies genügt noch nicht. Wir müssen weiter intensiv daran arbeiten. Bei diesem Thema weist die Regierung berechtigterweise auch auf die Rolle der Gemeinden hin. Und dazu möchte ich auch als Gemeindepräsidentin auch einige Bemerkungen anbringen. Die Regierung weist auch auf die Themen hin, z.B. auch auf Schutzbauten, was wir bereits bei Vorredner Grossrat Erich Kohler gehört haben. Viele Gemeinden haben auch bereits das Label Energiestadt und dies schon seit Jahren, teilweise seit vielen Jahren und sind bestrebt, das Label immer noch weiter auszubauen und zu erhöhen. Und das ist sehr wünschenswert und es wird auch vieles unternommen. Wir arbeiten auch daran und investieren jedes Jahr sehr viel für dieses Label, das wir sehr begrüßen. Die Regierung weist aber auch bezüglich der Gemeinden hin auf Bauten zur Sicherstellung der Wasser- und Löschwasserversorgung. Diese Themen beschäftigen verschiedene Gemeinden. Sie sind wichtig und unaufschiebbar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das Thema Wasserversorgung für die Zukunft beschäftigt z.B. auch meine Gemeinde Bonaduz im Hinblick auf die Zukunft und nicht nur bezogen auf das Bevölkerungswachstum. Sondern auch bezogen auf die klimatischen Veränderungen. Wir sehen heute schon, wie Quellen sich verändern, wie sie reagieren auf die trockenen Sommer. Zum Glück haben wir noch die niederschlagsreichen Winter. Aber auch diesbezüglich müssen wir reagieren. Bei diesem Thema gilt nicht die Frage ja oder nein, sollen wir reagieren oder nicht. Das Thema Wasserversorgung muss gezielt und zukunftsgerichtet angegangen werden. Dass dabei Kosten entstehen aber auch Arbeit generiert wird ist klar. Und diese, geschätzte Damen und Herren, werden von der Bevölkerung auch klar getragen. Ich möchte jedoch noch auf ein weiteres Thema hinweisen, welches die Regierung in ihrer Antwort nur für mich unvollständig gestreift hat und das ist das Verkehrsthema. Mir fehlt in der Antwort der Regierung zum Green Deal Auftrag der Einbezug von griffigen Massnahmen des Langsamverkehrs zur Entlastung des motorisierten Verkehrs. Eine Entlastung des motorisierten Verkehrs durch sichere Alltagsverkehrsvelostrecken und nicht nur durch die gefährlichen Velostreifen, kann nur erfolgen, wenn der Kanton die Gemeinden, die Regionen zu 100 Prozent miteinander zusammenarbeiten und die Finanzierung dafür sicherstellen. Dieser Vorschlag ist nicht nur ein Investitionsvorschlag, sondern eine Handlungsfrage. Eine Haltung zum klaren Bekenntnis zur Förderung des Langsamverkehrs, zur Entlastung des motorisierten Verkehrs. Solche Alltagsvelostrecken, geschätzte Damen und Herren, gestalten auch den Mehrwert für den Freizeit- und Verkehrstourismus mit. Ich bitte den Grossen Rat sich auch dieser Problematik zu widmen. Die Regierung bitte ich, das Thema durchgängiger sicherer Veloalltagsstrecken jetzt mit 100prozentiger Unterstützung des Kantons in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Regionen im Green Deal aufzunehmen. Wir als Gemein-

den sind dabei auch für diese Zusammenarbeit und für diese Mitunterstützung.

Ein weiteres Thema möchte ich trotzdem auch noch ansprechen. Ein weiteres Thema, welches ja auch die Gemeinden betrifft und sich auf den Gebäudepark bezieht. Sprich auch auf die Baugesetze und Energiegesetze der Gemeinden. Die Regierung weist auf die notwendigen Grundlagen hin, welche der Kanton bereit ist, sicherzustellen. Dabei ist zu überlegen, welche grundsätzlichen Anliegen oder Instrumente kantonale geregelt werden müssten. Ja, ich vertrete die Meinung, dass der föderalistische Gedanke den Gemeinden zustehen soll und dass die Gemeinden auch diesbezüglich eine aktive Rolle übernehmen müssen. Es ist ja aber immer wieder schwierig, für die Gemeinden an der Basis so tatkräftige Umsetzungen durchzusetzen. Und wenn wir das Thema Klima ganzheitlich angehen wollen, muss übergeordnet, sprich kantonale, auch eine klare Basis gelegt werden. Eine Basis mit klaren Förderinstrumenten. Alleine Mustervorschriften für die Gemeinden genügt nicht. Dafür wäre es zu schwierig dann an der Basis diese Instrumente durchzusetzen. Die Verantwortung der Umsetzung kann nicht vorwiegend dann auf die Gemeinden übertragen werden. Dazu braucht es eine Zusammenarbeit, eine Zusammenarbeit zwischen Kanton und den Gemeinden. Wir sind bereit, als Gemeindevertreter hier Hand zu bieten. Ich danke der Regierung für die positive Haltung zum Green Deal und es würde mich freuen, wenn meine Überlegungen in die weiteren Diskussionen einfließen würden und bitte Sie, den Auftrag mit den Ausführungen der Regierung zu überweisen.

Cantieni: Die Schweizer Nationalbank stellt auch Unterrichtsunterlagen für Schulen im Fach Volkswirtschaft zur Verfügung. In einem Modul wird das Spiel «Allmendegüter» vorgestellt. Bei diesem Spiel geht es darum, dass die Lernenden Fischer sind und pro Runde entscheiden können, ob sie ein Fisch, zwei Fische oder drei Fische fangen wollen. Die Lernenden müssen während des Fischens die Augen verschliessen, so dass sie nicht sehen, wer wie viele Fische fängt. Gespielt werden zehn Runden. Lernende die 30 Fische fangen, bekommen die Note sechs, Lernende mit 25 Fischen eine 5,5 usw. Der Fischbestand des Sees kann sich pro Runde nur jeweils um 50 Prozent erholen. Würden alle Lernende jede Runde zwei Fische fangen, hätten Sie eine fünf. Die Vertreterinnen der Schweizerischen Nationalbank, welche uns dieses Modul an einem Weiterbildungsanlass zeigten, haben mir gesagt, dass ihnen kein Fall bekannt ist und dies bei mehreren hundert Durchführungen, bei welchem der See nicht schon nach drei bis vier Runden leergefischt war und alle Lernenden eine Note zwischen zwei und drei bekommen haben. Selbstverständlich hat man dann die Noten jeweils nicht zählen lassen. Gemäss Arbeitspapier II zum Klimawandel Graubünden von 2015 seien die Treibhausgasemissionen aller Sektoren zusammengefasst im Kanton Graubünden mit rund zwei Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalenten vergleichsweise hoch. Die Treibhausgasemissionen pro Person lägen im gesamtschweizerischen Schnitt bei 6,5 Tonnen und in Graubünden bei zehn Tonnen. Gemäss Energiegesetz des Kantons Graubünden soll bis 2050 ein

Ausstoss von 1 bis 1,5 Tonnen pro Person erreicht werden. Also eine Reduktion im Umfang von Faktor 6,6 bis 10. Je nachdem ob man nun 1 oder 1,5 Tonnen erreichen will. Vor diesem Hintergrund dürfte klar sein, dass mit den heutigen Massnahmen dieses Ziel kaum erreicht werden kann. Ich möchte hier an dieser Stelle aber nicht unterlassen zu sagen, dass sehr viel freiwillige Massnahmen, Energiestädte, private Personen schon sehr vieles gemacht haben aber eben aufgrund dessen, dass zu viele Menschen halt doch zu wenig tun, es nicht funktioniert. Exemplarisch ein paar Beobachtungen zum privaten Verkehr. Haben Sie schon mal beobachtet, welche Autos in der Werbung hauptsächlich angepriesen werden? Wenn man das Kleingedruckte liest, entdeckt man meistens die Energieklasse F oder G. Ich behaupte auch, dass eine Mehrheit der Autos im Kanton übermotorisiert sind. Haben Sie es schon mal erlebt, dass Ihnen ein Autoverkäufer bei einem Verkaufsgespräch vorgeschlagen hat, ein paar PS weniger zu nehmen? Ich würde mich freuen, die Vorschläge der Regierung für den Green Deal zu prüfen und bitte Sie darum, meine Damen und Herren, dem Vorstoss Wilhelm zuzustimmen.

Pajic: Ich verstehe nicht, warum die Politik uns im Stich lässt. Ich habe Angst um meine Zukunft. Warum helfen uns die Alten nicht? Diese und andere Sätze habe ich im Gespräch mit unserer Jugend gehört, als ich an der letzten Klimademo war. Von dieser Jugend bin ich unglaublich beeindruckt. Mit selten dagewesener Tatkraft schafft sie es, über alle Parteigrenzen hinaus Menschen zu mobilisieren und zu politisieren. An der letzten Demonstration gingen über 50 000 Menschen in der Schweiz auf die Strasse. Weltweit waren es sogar 1,6 Millionen. Wir können das zurecht als politisches Feuer bezeichnen. Doch es ist weder ein Klimawahn noch eine Klimälüge. Im Gegenteil. Die Klimajugend hat nicht nur die empirische Wissenschaft des gesamten Planeten auf ihrer Seite, sondern auch eine glasklare Analyse. Ihre Argumente sind logisch konsistent und fern aller ideologischer Scheuklappen. Sehr geehrter Grossrat Alig, ich musste wirklich ein wenig schmunzeln. Ich habe selten so ein Klischee-Bingo gehört, wie Sie das vorhin veranstaltet haben. Der Klimawandel ist für Sie nicht real erlebbar. Das liegt nicht daran, dass es keinen Klimawandel gibt, sondern weil Sie so privilegiert sind. Als männlicher, weisser Westeuropäer in der Schweiz. Sie sind so privilegiert, dass Sie den Klimawandel einfach noch nicht erleben. Gehen Sie mal nach Indien. Dort gibt es eine Stadt namens Le. Wegen des Klimawandels ist dort die Wasserversorgung beinahe zusammengebrochen. Oder gehen Sie mal nach Alaska. Dort gibt es Städte von Inuit-Stämmen, die wegen des Klimawandels mehrfach umgesiedelt werden mussten. Dies sage nicht ich, sondern die empirische Wissenschaft dieses Planeten. Es ist die gleiche empirische Wissenschaft, die dafür sorgt, dass Flugzeuge fliegen, die gleiche empirische Wissenschaft, die dafür sorgt, dass Glühbirnen leuchten und die dafür sorgt, dass elektrischer Strom in unseren Leitungen fliesst und ich nehme schwer an, dass Sie diese Fakten der Wissenschaft nicht anzweifeln. Denn diese erleben Sie. Ich möchte Sie daher einladen, den Horizont zu erweitern und sich bewusst zu machen, dass Ihre erlebte

Realität nicht die Realität aller anderer Menschen auf diesem Planeten ist. Und noch eine kurze Bemerkung zu Grossrat Pfäffli. Im Falschen gibt es kein Richtiges. Es ist nicht nur falsch, sondern auch illusorisch von der Jugend oder von irgendwem zu verlangen, perfekt und konsequent zu leben. Haben Sie gewusst, dass mehr als drei Viertel des globalen CO₂-Ausstosses von Konzernen und nicht von Jugendlichen, die Mango kaufen, ausgestossen werden. Konsequenter können Sie in diesem System nur leben, wenn Sie abgeschottet in einer Höhle oder im Wald und Jagd und Subsistenzwirtschaft leben. Und dass das illusorisch ist, wissen wir, glaube ich, alle. Es ist falsch, die Jugend hier zum Sündenbock zu machen. Sind es doch nicht sie, die uns jetzt in die heutige Situation gebracht haben. Lassen Sie uns die Jugend ernst nehmen. Ihre Ängste und ihre Anliegen. Denn wenn wir sie jetzt ernst nehmen, dann können wir sie später auch in die Pflicht nehmen. Von mir aus so viel wie sie das wünschen. Denn zwei Gefühle dominieren bei den Menschen auf der Strasse. Zum einen ist es Frustration. Es ist eine Frustration über die Ohnmacht und die Machtlosigkeit, weil die Politik heute noch zu wenig gegen den Klimawandel unternimmt. Es ist eine Frustration, die sich direkt gegen uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, richtet. Zum andern ist es das Gefühl der Angst. Es ist eine Angst um die Zukunft. Dabei geht diese Angst viel weiter und ist viel grundsätzlicher als die Angst vor einem fehlenden Job oder vor einer miserablen Altersvorsorge. Es ist die grundsätzliche Angst in der Zukunft nicht mehr leben, nicht mehr existieren zu können, weil wir diesen Planeten zugrunde gerichtet haben. Was sich wie ein Hollywoodspielfilm anhört, kann wirklich Realität werden. Eine neue Studie des Breakthrough National Center for Climate Restoration, ich kann Ihnen den Namen gerne später aufschreiben, falls Sie es googeln möchten, warnt vor zu optimistischen Prognosen, welche Worst-Case-Szenarien zu wenig Beachtung schenken. Im schlimmsten Fall könnten die katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise die Menschheit nämlich schon in den kommenden Jahrzehnten in eine fatale Abwärtsspirale stürzen. Schon bei einer Erderhitzung von zwei Grad Celsius müsste eine Milliarde Menschen ihre Heimat verlassen. Die Auswirkungen eines noch grösseren Temperaturanstieges lassen sich kaum von theoretischen Modellen erfassen und könnten wahrscheinlich nicht von der menschlichen Zivilisation bewältigt werden. Die neue Studie zeigt also, dass in gewissen Worst-Case-Szenarien, welche notabene die Wissenschaft analysiert hat und nicht Hollywood die menschliche Zivilisation bis 2050 untergegangen sein könnte. Ich will hier wirklich nicht den Teufel an die Wand malen oder Ängste schüren. Ich will auch nicht sagen, dass Worst-Case-Szenarien wahrscheinlicher sind als weniger schlimme Szenarien. Was fakt ist, ist einfach, dass der Worst-Case eintritt, wenn wir nichts machen. Graubünden ist wirklich ein unglaublich schöner Kanton. Es gibt weltweit nur drei Eisenbahnen, die es in das UNESCO-Weltkulturerbe geschafft haben. Diejenigen von Ihnen, die von Chur aus hierher nach Pontresina gefahren sind, konnten in den Genuss dieses Weltkulturerbes kommen. Wir tragen eine gesellschaftliche Verantwortung, nicht nur eine Verantwortung, sondern auch eine Verpflich-

tung den Menschen gegenüber, die nach uns kommen. Unsre Kinder und Kindeskiner haben es verdient in einer intakten Welt zu leben. Ich bitte Sie, seien Sie Teil der Geschichte und stehen Sie auf der richtigen Seite. Fragen Sie sich einerseits welches Bild die Grosskinder Ihrer Grosskinder von Ihnen haben werden, wenn sie auf Ihre politischen Entscheidungen zurückschauen. Und fragen Sie sich andererseits, welchen Planeten Sie Ihren Grosskindern hinterlassen wollen, damit auch diese die Chance auf eigene Grosskinder haben. Kehren wir bitte also ab von der Mentalität «Nach uns die Sintflut» und lassen Sie uns dafür sorgen, dass unsere Nachkommen eine Zukunft, nicht nur eine Zukunft, sondern eine bessere Zukunft, als sie wir haben werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Auftrag Wilhelm im Sinne der Regierung zu überweisen.

Stiffler: Dieser Auftrag kann aus folgenden Gründen unterstützt werden: Erstens: Die Klimaschutzthematik bekommt mit diesem Vorstoss auf der politischen Agenda einen höheren Stellenwert. Zweitens, es wurde ein paar Mal gesagt: Die Regierung unterbreitet einen Massnahmenplan inklusive Finanzierungsplan, über den wir dann zu gegebener Zeit debattieren können. Froh sind wir in der Fraktion, dass die Vorreiterrolle beim Klimaschutz im abgeänderten Auftrag der Regierung nicht mehr enthalten ist. Wie könnte man auch eine Vorreiterrolle definieren und mit wem vergleichen? Umweltpolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Und Wirtschaftspolitik bedeutet eben auch Chancen für Unternehmerinnen und Unternehmer im Kanton. Unsere Unternehmen können viel zum Klimawandel beitragen. Aber nur, wenn Widersprüche ausdiskutiert und Verbote aufs Minimum reduziert werden und an Eigenverantwortung appelliert wird. Wenn an Eigenverantwortung appelliert wird, und klar aufgezeigt wird, dass mit technologischem Fortschritt viel der Umwelt beigetragen werden kann, dann hilft das uns allen. In Graubünden und allgemein in der Schweiz versuchen wir immer wieder, etwas im Kleinen zu bewirken. Wir haben eine kantonale Klimastrategie, wir haben ein kantonales und ein schweizerisches Energiegesetz, planen den nachhaltigen Ausstieg aus fossilen Brenn- und Treibstoffen und schauen auf Mikroebene, wie wir etwas beisteuern können. Mehr Velo und ÖV statt Auto, weniger Fliegen, mehr die lokalen Läden mit einheimischen Produkten berücksichtigen und vieles mehr. Aber gleichzeitig müssen wir konsterniert zusehen, wie die Politiker der mächtigsten Länder kaum griffige Lösungen präsentieren. Das wären nämlich Lösungen, die weltweit Wirkung zeigen würden.

Wir müssen nun gangbare Wege in Sachen Umweltpolitik finden, insbesondere auch für Unternehmer. Wo sind die Unternehmer bereit, sich einzuschränken und weniger Freiheiten zu geniessen? Wo können wir weiterhin auf Eigenverantwortung setzen, und wo müssen Regeln her? Braucht es überhaupt Regeln? Müssen Verbote eingeführt werden? Regeln und Verbote sind mächtig unbequem. Anreize für Massnahmen im Umweltschutz legen Innovationspotenziale frei. So wissen wir z.B. heute, dass das Gewässerschutzgesetz dazu geführt hat, dass die Kläranlagen so weiterentwickelt wurden, dass wir heute wieder bedenkenlos in Flüssen und Seen

schwimmen können. Gefragt sind also Regeln, die ein Maximum an Freiheit erlauben. Die Bedenken zu den möglichen wiederkehrenden Kosten von bis zu 50 Millionen Franken kann ich heute noch nicht teilen. Heute sagen wir ja, oder können wir ja Ja sagen zu einem Klimaschutzmassnahmenplan, und noch nicht zu den konkreten Ausgaben. Wie viel uns dieser Massnahmenplan kosten darf, können wir dann im Rat besprechen, wenn er vorliegt. Vor einem Jahr wäre die FDP froh gewesen, wäre man bei der Digitalisierung genauso vorgegangen. Dort hat man sich doch bekanntlich zuerst für einen Kredit, ohne zu wissen für was genau, entscheiden. Ich sehe also aus all diesen Gründen keinen Grund, den Vorstoss in abgeänderter Form nicht zu überweisen. Die FDP-Fraktion erwartet jetzt von der Regierung, dass ein Massnahmenplan zum Klimaschutz dann auch liberal und nachhaltig ist, sodass Lösungen ökologisch richtig, gesellschaftlich akzeptabel und ökonomisch tragbar sein werden. Denn sonst wird es rückwirkend ein Wahlkampf-Thema gewesen sein ohne langfristiger Wirkung. Und das gilt es über alle Parteien hinweg zu vermeiden. In dem Sinne sind wir in der Fraktion grossmehrheitlich für Überweisung.

Gasser: Es wurde schon vieles jetzt gesagt, und wie alle wissen, ich mache, oder wie alle wissen, nein, das wissen Sie eben nicht, dass ich keine Parteipolitik mache. Es geht hier nicht um Partei, es ist ein parteienübergreifendes Projekt, dieser Klimaschutz. Wir reden jetzt nicht erst 45 Minuten darüber, sondern wir reden schon über 30 Jahre über dieses Thema. Das möchte ich sagen. 1992 war ja die berühmte Klimakonferenz und weitere folgten dazu. Ich möchte mich nicht weiter dazu äussern. Ich möchte der Regierung ganz herzlich danken, dass sie bereit ist, diesen Auftrag anzunehmen. Wir stehen jetzt vor der Schwelle, und die Worte sind auch schon gefallen: Taten statt Worte. Wir brauchen gar nicht mehr lange zu sprechen, es ist höchste Zeit, dass jetzt etwas passiert. Und es sollen, wie die Regierung schreibt, konkrete und wirksame Massnahmen sein. Das ist auch das, was ich begrüsse in der Darstellung der Regierung. Es ist eine Chance, eben innovativ zu sein, und gerade alle Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Saal werden mir beistimmen können. Es ist eine Chance, die wir zu packen haben. Es wurden schon x-Studien gemacht, es wurden schon x-Worte, ganze Bibliotheken gefüllt mit dem Thema. Jetzt glaube ich, ist es wirklich an der Zeit, zu handeln. In diesem Sinne bitte ich alle, eben diesen Antrag jetzt zu überweisen. Vielen herzlichen

Brandenburger: Gutes Klima, das schätzen wir alle. Ob hier im Saal, zu Hause oder draussen in der Natur. Auch ich hatte den Auftrag Wilhelm unterzeichnet, denn auch mir liegt unsere Umwelt am Herzen. Als junge Familie hatten wir uns schon 1991 beim Bau unseres Einfamilienhauses bewusst für eine umweltschonende Heizung, für eine Wärmepumpe, entschieden. Ein wichtiger Schritt, um...

Standesvizepräsident Della Vedova: Grossrätin Brandenburger, das Mikrofon ist etwas zu weit entfernt. Man hört Sie nicht so gut. Danke.

Brandenburger: Also, ein wichtiger Schritt, um von den fossilen Energieträgern wegzukommen. Beim Lesen der Antwort der Regierung auf den Vorstoss Wilhelm ist mir aber trotz allem guten Willen, den Auftrag Green Deal zu unterstützen, doch etwas schwindelig geworden. Einerseits haben mir die geplanten, riesigen Fördermassnahmen in einmaliger und jährlich wiederkehrender zweistelliger Millionenhöhe zu denken gegeben. Andererseits kann ich die vorgesehenen strikten Verbote durch die Umsetzung der Mustervorschriften im Energiebereich nicht befürworten. Einzelne Betriebe und ein Teil unserer Bevölkerung würden wohl von den vorgeschlagenen Fördermassnahmen profitieren. Viele würden aber zu den Verlierern zählen. Nicht alle können es sich leisten, ihre Gebäude in kurzer Zeit umfassend zu renovieren. Meiner Meinung nach braucht es Gesetzesanpassungen, die auch bei einem schrittweisen Umbau der Gebäude vermehrt Fördergelder auszulösen vermögen und so helfen werden, die hohen Kosten mitzutragen. In diesem von der Regierung vorgeschlagenen Sinne, kann ich den Auftrag nicht überweisen. In Deutschland war die Euphorie ebenfalls gross, dem Klimawandel entgegenzuwirken. Anscheinend zu gross. Wie mir zu Ohren gekommen ist, müssen die an den Autobahnraststätten erstellten Elektrotankstellen teilweise mit Dieselmotoren angetrieben werden, da die Zuleitungen die nötige Kapazität an Strom nicht abzudecken vermögen. Ähnlich verhält es sich in der Landwirtschaft. Der Ruf nach hiesigen, gesunden und hochwertigen regionalen Produkten ist gross. Dennoch wird immer mehr importiert. Dies bedeutet unter dem Strich, dass irgendwo auf der Welt diese von uns importierten und hierzulande konsumierten Lebensmittel andernorts fehlen. Ob solche Massnahmen mit langen statt kurzen Transportwegen der Ökologie dienlich sind, wage ich zu bezweifeln. Ich hoffe sehr auf einen bei uns auch künftig umsichtigen Klimaschutz, der realistisch und somit längerfristig finanzier- und umsetzbar sein wird. Ich bitte Sie, den Auftrag Wilhelm im Sinne der Regierung nicht zu überweisen, stattdessen aber sinnvolle Massnahmen im Regierungsprogramm und Finanzplan aufzunehmen.

Kappeler: Ich denke, der guten Begründungen wurden schon sehr viele gegeben, weshalb wir für ein Ja einstehen sollen für den Auftrag. Und es wurden auch sehr viele Beispiele erläutert, ich kann das aus meiner täglichen Arbeit bestätigen. Da läuft wirklich einiges. Ich halte mich deshalb ganz kurz. Ich erlaube mir aber, noch eine Aussage zu machen zu Kollege Alig. Kollege Alig hat die Angst, dass es sich um einen Schnellschuss handelt. Kollege Alig, die Regierung möchte einen Aktionsplan machen, und dann, dann schlägt sie Massnahmen vor, und dann schauen wir mal. Ich erinnere an die Aussage von unserem Regierungspräsidenten gestern, dass, und das war nicht sein Verschulden, im letzten Jahr zum Thema Schneesportzentrum im letzten Jahr keine Aktionen stattgefunden haben. Und Sie befürchten, dass man bei diesem Thema einen Schnellschuss macht. Ich denke

nicht. Oder wenn Sie dieses gelbe Büchlein anschauen, ich war richtig froh, da gab es mal einen Grossrat Kappeler, der hat im Jahr 2003 einen Auftrag eingereicht, der wurde überwiesen zur Förderung von Unternehmensdienstleistungen. Das war vor über einem halben Jahrzehnt. Der Auftrag, der ruht heute noch. Glauben Sie noch nicht, dass ein Schnellschuss so schlimm kommen wird, wie Sie befürchten. Ich bitte deshalb wirklich die Regierung, dass sie das Thema ernst nimmt, nicht wie andere Beispiele, und dass sie vorwärts macht damit. Und ich habe heute auch einen Auftrag eingereicht zu einer CO₂-Kompensationsplattform. Wenn Sie mögen, dürfen Sie das ungeniert auch integrieren in den Green Deal.

Die zweite Bemerkung: Wir alle haben eine Stellungnahme der Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden erhalten. Es wird uns Aktionismus vorgeworfen, sie bezweifeln, dass mit dem Auftrag die Erderwärmung bekämpft werden kann. Diese Argumentation, denke ich, ist schlichtweg nur penibel. Penibel von einem Direktor, von einem Sekretär und einem Geschäftsführer der Organisationen. Und ich finde es wirklich genial, ich finde es toll, dass parteiübergreifend so viele Grossrätinnen und Grossräte diesen Vorstoss unterstützen. Sie haben unterschrieben, und ich bitte Sie, bleiben Sie bei Ihrer Unterschrift und zeigen Sie diesen drei Herren, dass sie eben vermutlich nicht im Interesse der Bündner Wirtschaft handeln, sondern lediglich versuchen, das Rad der Zeit zum Stillstand zu bringen.

Standesvizepräsident Della Vedova: Es sind noch viele Wortmeldungen eingegangen. Wie einleitend mitgeteilt, ist gemäss Arbeitsplan um 16.30 Uhr eine Vorstellung der Gemeinde Pontresina vorgesehen. Dieser Vorstellung folgt ein Apéro mit der Bevölkerung. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass wir genug Zeit mit der Bevölkerung verbringen. Darum unterbreche ich langsam die Session. Wir fahren morgen Vormittag mit den weiteren Vorstössen weiter. Bevor ich Sie verabschiede, habe ich noch einige Mitteilungen zu machen. Morgen früh steht ein Jubiläum an, zehn Jahre Parlament en moviment. Unter der Leitung der Schülerinnen und Schüler der bewegten Schule Pontresina steht Ihnen ein attraktives Programm zur Verfügung. Sie/Wir können mit einer Tanzchoreografie sanft in den Tag starten. Die 7.-Klassenmädchen tanzen vor. Sie/Wir können uns in einem Spielturnier mit einem Workout-Block auf Touren bringen. Ich bitte um etwas Ruhe. Natürlich darf auch Joggen nicht fehlen. In zwei Stärkeklassen können Sie die frische Engadiner-Luft geniessen. Der Block dauert 30 Minuten bis 07.15 Uhr. Anschliessend duschen und Frühstück in den Hotels. Also Sportsachen einpacken und Energie tanken für den dritten Sessionstag. Sie sind herzlich willkommen, denn einen gesundheitsbewussten Lebensstil aller Bündnerinnen und Bündner fördern, ist ein Ziel im Bündner Regierungsprogramm. Start ist um 06.45 Uhr bei der Schule Pontresina, Via scola 1, fünf Minuten von hier. Es lädt ein die parlamentarische Gruppe für Sport, Graubünden Sport und das Gesundheitsamt mit "Bisch fit"? Eine weitere Mitteilung: Vermisst wird die Anfrage von Grossrätin Silvia Casutt. Wer sie findet, bitte ich, sie zu mir nach vorne zu bringen.

Zum Schluss möchte ich Sie noch über die eingegangenen Vorstösse informieren. Eingegangen ist eine Anfrage Widmer, Felsberg, betreffend Anpassung der gesetzlichen und finanziellen Grundlage in Sozialhilfefragen. Eine Anfrage Tomaschett, Breil, betreffend 5G-Antennen, ist der Ausbau in unserem Kanton in Gefahr? Eine Anfrage Märchy-Caduff betreffend Standortbestimmung «Umsetzung integrative Förderung» an der Bündner Volksschule. Und ein Auftrag Kappeler betreffend Kantonale CO₂-Kompensationsplattform. Somit beenden wir die Session für heute. Was die Vorstellung der Gemeinde Pontresina angeht, gebe ich das Wort an Grossrat Martin Aebli, Gemeindepräsident von Pontresina. Er ist gerade hier. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, bis morgen. A domani e buona serata.

Schluss der Sitzung: 16.30 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Anfrage Widmer (Felsberg) betreffend Anpassung der gesetzlichen und finanziellen Grundlage in Sozialhilfefragen
- Anfrage Tomaschett (Breil) betreffend 5G-Antennen, ist der Ausbau in unserem Kanton in Gefahr?
- Anfrage Märchy-Caduff betreffend Standortbestimmung «Umsetzung integrative Förderung» an der Bündner Volksschule
- Auftrag Kappeler betreffend Kantonale CO₂-Kompensationsplattform

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Die Landespräsidentin: Tina Gartmann-Albin

Der Protokollführer: Domenic Gross